



BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Steffen Albrecht
Matthias Trénel

Neue Medien als Mittler zwischen Bürgern und Abgeordneten? Das Beispiel abgeordnetenwatch.de

Gutachten im Auftrag
des Büros für Technikfolgen-Abschätzung
beim Deutschen Bundestag (TAB)



The screenshot shows the homepage of Abgeordnetenwatch.de. At the top, there is a navigation menu with links to Europa, Bundestag, Hamburg, Landtage, Wahlarchiv, Parlamentsarchiv, FAQ, Pressespiegel, Wir über uns, Impressum, and Suche. Below the menu is a 'Mitgliederbereich' (Member Area) with fields for 'Ihre e-Mail-Adresse' and 'Ihr Passwort', and a 'senden' button. There are also links for 'Passwort vergessen?' and 'Jetzt Förderer werden!'. A 'Rundbrief bestellen' (Newsletter) section is also visible. The main content area features a welcome message: 'Herzlich willkommen auf abgeordnetenwatch.de'. It includes a photo of the Reichstag dome and text explaining that users can ask questions of all German EU Members of Parliament and document their responses. A search bar for postal codes is provided. Below this, there is a section for 'Eingetroffene Antworten von heute, 31.03.2008' with an 'ältere' link. An article by Prof. Dr. Hakki is featured, discussing human rights. On the right side, there are sections for 'Neueste Förderer' (Latest Donors) and 'Leser empfohlen' (Reader Recommended).

Umschlagbild:
www.abgeordnetenwatch.de



Steffen Albrecht,
Matthias Trénel

NEUE MEDIEN
ALS MITTLER ZWISCHEN
BÜRGERN UND ABGEORDNETEN?

DAS BEISPIEL
ABGEORDNETENWATCH.DE

Gutachten von Zebralog e.V., Berlin,
im Auftrag des
Büros für Technikfolgen-Abschätzung
beim Deutschen Bundestag (TAB)

Mit einem Vorwort von Ulrich Riehm

TAB-Diskussionspapier Nr. 12
Berlin, April 2010





INHALT

VORWORT	5
ZUSAMMENFASSUNG	15
I. EINLEITUNG	17
II. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE	21
1. Hintergrund zu abgeordnetenwatch.de	21
1.1 Dialogkonzept der Plattform	21
1.2 Entstehung des Angebots	23
1.3 Politische Idee des Angebots	25
1.4 Organisationsform und Finanzierung	28
1.5 Zukunftsaussichten	31
2. Abgeordnetenwatch.de im Vergleich mit anderen Angeboten	32
2.1 Abgeordnetenwatch.de im Rahmen der E-Demokratie	32
2.2 Vergleich ausgewählter Projekte von zivilgesellschaftlichen Initiativen	33
3. Nutzungshäufigkeit	39
3.1 Analyse der Zugriffszahlen	39
3.2 Ergebnisse einer Nutzerbefragung durch abgeordnetenwatch.de	41
3.3 Auswertung der Aktivitäten auf der Plattform	45
4. Qualität der Fragen und Antworten	52
4.1 Allgemeine Merkmale der Fragen	53
4.2 Typus der Fragen	54
4.3 Inhaltliche Bezüge der Fragen	55
4.4 Zielgenauigkeit	56
4.5 Redundanz	57
4.6 Umfang der Antworten	57
4.7 Inhaltliche Bezüge der Antworten	58
4.8 Form der Interaktion	59



INHALT

III.	RESÜMEE UND DISKUSSION	61
1.	Ansatz von abgeordnetenwatch.de	61
2.	Nutzung von abgeordnetenwatch.de	62
3.	Abgeordnetenwatch.de gemessen an den eigenen Ansprüchen	63
4.	Offene Fragen	64

IV.	LITERATURVERZEICHNIS	65
-----	----------------------	----

V.	ANHANG	67
1.	Methodik der Frage-Antwort-Analyse	67
1.1	Ziehung des Samples	67
1.2	Codierung der Fragen und Antworten	68
2.	Tabellarischer Überblick weiterer Ergebnisse	72
3.	Tabellenverzeichnis	76
4.	Abbildungsverzeichnis	76

VORWORT

Abgeordnetenwatch.de ist eine Internetplattform, die es Bürgern erlaubt, öffentlich Fragen an einzelne Abgeordnete zu stellen, und Abgeordneten ermöglicht, diese Fragen wiederum öffentlich zu beantworten. Die Fragen der Bürger werden dabei durch eine Redaktion von »Spam« und sonstigen »unsachlichen« Anwürfen bereinigt. Daneben stehen biografische Informationen über Abgeordnete sowie zu ihren Nebeneinkünften zum Abruf bereit, und das Verhalten der Abgeordneten wird bei wichtigen namentlichen Abstimmungen dokumentiert.

40.481 Fragen wurden von Bürgern während der 16. Wahlperiode (2005–2009) über die Internetplattform abgeordnetenwatch.de an einzelne Bundestagsabgeordnete gerichtet. Beachtliche 86 % dieser Fragen (34.798) wurden durch Abgeordnete (oder ihre Mitarbeiter) beantwortet.

Das Thema »abgeordnetenwatch.de« führte unter den Mitgliedern des Deutschen Bundestages immer wieder zu kontroversen Diskussion: Während die einen eine zusätzliche Belastung in der Vielzahl der Anfragen sehen, die kaum zu bewältigen sei, und sie sich eher an einen Pranger als an eine Bürgersprechstunde erinnert fühlen, nehmen andere die Möglichkeit, ihre politischen Ansichten öffentlich über das Internet kund zu tun, offensiv wahr, und verlinken z. B. von der eigenen Website auf die jeweiligen Antworten, die sie auf abgeordnetenwatch.de gegeben haben.

UNTERSUCHUNGSauftrag

Das Berichterstattergremium für Technikfolgenabschätzung, das aus der Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie je einem Mitglied der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen besteht, regte deshalb im Kontext einer Diskussion zum TA-Projekt »Öffentliche elektronische Petitionen und bürgerschaftliche Teilhabe« eine Befassung mit dem Thema »abgeordnetenwatch.de« an. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hat daraufhin ein Kurzgutachten an Zebralog e.V., Berlin, vergeben, das in diesem Diskussionspapier veröffentlicht wird. Die Aufgabenstellung des Gutachtens war wie folgt:

- > Die Motivationen der Gründer, die Entwicklung der Plattform und das Geschäftsmodell sollten nachgezeichnet,
- > das Konzept in den Kontext ähnlicher E-Demokratie-Projekte im In- und Ausland eingeordnet,
- > die grundlegenden Funktionsweisen beschrieben,



- > die tatsächliche Nutzung analysiert und
- > die Qualität der Fragen und Antworten inhaltsanalytisch beurteilt werden.

Im Rahmen des zeitlich sehr beschränkten Untersuchungsauftrags war es nicht möglich, Interviews mit Abgeordneten und mit Bürgern über deren Einschätzungen der Plattform zu führen.

UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Abgeordnetenwatch.de kann man als ein zivilgesellschaftlich initiiertes E-Demokratie-Projekt bezeichnen. Die Gründer vertreten die Auffassung, dass Politik letztlich von Personen »gemacht« und entschieden wird. Der direkte Kontakt zwischen Bürger und Abgeordneten sowie eine weitgehende Transparenz des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten und ihrer politischen Auffassungen seien deshalb förderlich für die politisch-demokratische Kultur des Landes. Im Gegensatz zu vielen anderen, auf eine Stärkung der direkten Demokratie zielenden E-Demokratie-Projekten setzt abgeordnetenwatch.de am einzelnen Abgeordneten an und will dessen Position im parlamentarischen, repräsentativen System stärken.

Das Angebot entstand zunächst 2004 im Kontext einer Hamburger Bürgerschaftswahl und wurde 2005 zur Bundestagswahl auf die Bundesebene ausgeweitet. Heute umfasst es den Deutschen Bundestag, die Landtage von Bayern und Hamburg sowie die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Eine Ausweitung auf andere Landtage ist geplant, scheiterte bisher aber an Finanzierungsproblemen.

Die ZebraLog-Untersuchungen, die im Frühjahr 2008 abgeschlossen wurden, stellen die Verhältnisse für das Jahr 2007 dar. 8.608 »Fragen« von Bürgern wurden 2007 durch die Redaktion von abgeordnetenwatch.de ausgefiltert, nicht veröffentlicht und nicht an den betreffenden Abgeordneten weitergeleitet. 11.200 Fragen wurden veröffentlicht, die zu 77 % beantwortet wurden. 18 % der Fragen wurden nur mit einer »Standardantwort« versehen (etwa: »Bitte setzen Sie sich mit meinem Wahlkreisbüro in Verbindung.«) und 14 % blieben unbeantwortet. Im Durchschnitt erhielt jede oder jeder Abgeordnete im Jahr 2007 18 Fragen über abgeordnetenwatch.de, von denen 14 beantwortet wurden. Wie selbstverständlich für viele Abgeordnete der Umgang mit abgeordnetenwatch.de bereits geworden ist, zeigt sich auch an der Geschwindigkeit der Beantwortung der Fragen: 50 % aller Antworten erfolgten innerhalb von acht Tagen. Die Fragen und Antworten selbst erweisen sich nach der Inhaltsanalyse von 100 zufällig ausgewählten Frage-Antwort-Paaren als überwiegend sachlich. Ein kritischer Impetus gegenüber den Parlamentariern ist dabei vorherrschend. Insbesondere die Antworten sind häufig ausführlich und weitgehend höflich und respektvoll geschrieben.

Es scheint den Betreibern gelungen zu sein, so jedenfalls das Fazit von Zebralog, eine Plattform für den öffentlichen Dialog zwischen Bürger und Abgeordneten zu etablieren und in der Öffentlichkeit zu verankern. Dies könne zu einer Stärkung der Wahrnehmung des Parlaments und seiner Mitglieder sowie zu mehr Transparenz im Bundestag beitragen.

OFFENE FORSCHUNGSFRAGEN

Das Kurzgutachten hatte in erster Linie den Auftrag, die Funktionsweise von abgeordnetenwatch.de zu beschreiben, die Motive seiner Initiatoren zu erläutern und das Nutzungsverhalten der Bürger und Abgeordneten auf Basis vorliegender, systemgenerierter Daten zu analysieren. Welche Veränderungen Kommunikationsplattformen wie abgeordnetenwatch.de aber für die politische Kommunikation von Abgeordneten bewirken, konnte nicht untersucht werden. In Bezug auf die Einschätzung von abgeordnetenwatch.de stellen sich u. a. die folgenden, weiter führenden Fragen:

- > Wie stellt sich das zusätzliche Kommunikationsaufkommen durch abgeordnetenwatch.de dar, und wie wird dieses von den Abgeordneten bewertet?
- > Mit welchen Argumenten wird die Öffentlichkeit der Bürger-Abgeordneten-Kommunikation über abgeordnetenwatch.de begrüßt bzw. abgelehnt?
- > Wie werden die Anlässe und Inhalte der Kommunikation bewertet?
- > Gibt es Missbrauchsmöglichkeiten der Plattform?
- > Wie wird die Filterfunktion der Redaktion von abgeordnetenwatch.de aus Sicht der Abgeordneten beurteilt?
- > Wie ist die neue Rolle eines »Mittlers« zwischen Bürger und Abgeordneten, die von abgeordnetenwatch.de eingenommen wird, einzuschätzen?
- > Fördert abgeordnetenwatch.de die Personalisierung von Politik und wie wird dies von den beteiligten Gruppen bewertet?
- > Passt die Fokussierung auf einzelne Abgeordnete ins deutsche, stärker durch Parteien und Fraktionen geprägte politische System?

Über eine Beschäftigung mit abgeordnetenwatch.de hinaus, ergibt sich eine Reihe weiterer Fragen:

- > Welche Bedeutung messen Abgeordnete generell der Bürgerkommunikation bei?
- > Welche Vor- und Nachteile werden in den unterschiedlichen Kommunikationsmöglichkeiten (etwa öffentlich vs. privat oder bilateral vs. multilateral) zwischen Abgeordneten und Bürgern gesehen?
- > Wie wird der Aspekt der direkten (internetvermittelten), im Gegensatz zur massenmedial vermittelten Bürger-Abgeordneten-Kommunikation beurteilt?

- › Können über internetvermittelte Kommunikationsplattformen politikabstinenten Gruppen an die Politik herangeführt und das Interesse an Politik generell gesteigert werden?
- › Welchen Effekt hat die neue Kommunikationsform zwischen Bürger und Abgeordneten auf das generelle Verhältnis von Bürger und Politik und auf die öffentliche Wahrnehmung von Abgeordneten?
- › Welchen Einfluss hat die Bürger-Abgeordneten-Kommunikation auf politische Meinungsbildung und Entscheidungen, und welche Veränderungen sind diesbezüglich durch internetgestützte Kommunikationsplattformen zu gewärtigen?

Im Folgenden werden einige Erläuterungen gegeben, die gegebenenfalls bei zukünftigen, vertiefenden Untersuchungen zu berücksichtigen wären.

ZEITLICHE BELASTUNG DURCH BÜRGERKOMMUNIKATION

Obwohl Abgeordnete seit jeher einen vollen Terminkalender haben, nehmen sie sich relativ viel Zeit für die Kommunikation mit den Bürgern. Kommunikations- und Zeitbudgetstudien bei Abgeordneten (Bartels 2008; Herzog et al. 1990; Kevenhörster/Schönbohm 1973) bestätigen dies. Trotz Wochenarbeitszeiten von über 70 Stunden ist die Kommunikation mit den Bürgern (und Wählern) eine außerordentlich wichtige und umfangreiche Aktivität. Der Kontakt zu den Bürgern steht – nach dem Kontakt zur eigenen Parteiorganisation – bei den Abgeordneten aller Parteien an höchster Stelle (Herzog et al. 1990, S. 20 ff.). Den Abgeordneten werden eine starke Außenorientierung und eine insgesamt große Ansprechbarkeit im Wahlkreis bestätigt (Herzog et al. 1990, S. 25).

Um den Umfang der Bürgerkommunikation, der durch abgeordnetenwatch.de zusätzlich auf die Parlamentarier zukommt, besser zu beurteilen, kann man die Studienergebnisse zum Umfang der brieflichen Korrespondenz heranziehen. 46 % der befragten Bundestagsabgeordneten erhielten wöchentlich allein aus dem Wahlkreis bis zu 25, 54 % mehr als 25 Briefe (Herzog et al. 1990, S. 79 ff.). Dabei handelte es sich überwiegend um Briefe von Einzelpersonen, die von 79 % der Abgeordneten als wichtig oder sehr wichtig eingestuft wurden und von 40 % selbst bzw. von 57 % mit Unterstützung durch das Sekretariat beantwortet wurden.

Für die Sichtung und Bearbeitung der Post wurden in einer Sitzungswoche 8,1 Stunden aufgewendet.¹ Dieser zeitliche Aufwand war größer als z.B. für die Teilnahme an Sitzungen von Ausschüssen und Arbeitsgruppen (7,5 Stunden) (Herzog et al. 1990, S. 86). Dabei fanden nur 25 % der befragten Abgeordneten

1 Ganz ähnlich der Zeitaufwand für die Sichtung und Bearbeitung der Post von 7,8 Stunden (während einer Sitzungswoche) nach der Studie von Kevenhörster/Schönbohm (1973).

den Zeitaufwand für die Postbearbeitung als zu hoch (Herzog et al. 1990, S. 95), und »die weit überwiegende Mehrzahl der Abgeordneten ist der Meinung, zu wenig Zeit für Kontakte mit der Öffentlichkeit zu haben, obwohl dieser Tätigkeitsbereich ohnehin den bereits größten Teil ihres Zeitbudgets ausmacht« (Herzog et al. 1990, S. 96).

Die Studienergebnisse liegen allerdings über 20 Jahre zurück, das Internet oder andere elektronische Onlinemedien wurden damals erst von wenigen Abgeordneten und Bürgern genutzt. Man wird aber davon ausgehen können, dass die Kommunikation mit den Bürgern via E-Mail und Brief auch aktuell viel Zeit der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter in Anspruch nimmt. Vor diesem Hintergrund stellen die 18 zusätzlichen E-Mail-Anfragen im Jahr, die über abgeordnetenwatch.de – vorher von Spam und Beschimpfungen gefiltert – bei den Abgeordneten eintreffen, per se keine erhebliche Belastung dar. Es lässt sich mit Recht aber auch argumentieren, dass bei der ohnehin schon hohen Belastung mit E-Mail- und Briefkommunikation jeder weitere Zuwachs als zu viel empfunden wird. In diese Richtung deuten die Ergebnisse einer im Mai 2005 durchgeführten Befragung von Parlamentariern des britischen, europäischen, portugiesischen und schwedischen Parlaments: Die potenziellen Vorteile der E-Mail-Kommunikation würden durch die entstandene E-Mail-Flut wieder aufgehoben (Dai 2007).

Insgesamt müsste man Daten und Einschätzungen darüber erlangen, wie sich in den letzten Jahren bei den Abgeordneten der Umfang brieflicher und E-Mail-Kommunikation entwickelt hat. So könnte man das durch abgeordnetenwatch.de induzierte Kommunikationsaufkommen auf das gesamte Kommunikationsaufkommen beziehen. Außerdem wäre die personelle Ausstattung der Abgeordneten zu berücksichtigen, die es mehr oder weniger ermöglicht, die Kommunikationserfordernisse zu befriedigen.

WERTSCHÄTZUNG DER BÜRGERKOMMUNIKATION – ABGEORNDNETE ALS ANSPRECHPARTNER FÜR DIE BÜRGER

Auch wenn Abgeordnete einen bedeutenden Anteil ihres Zeitbudgets für Korrespondenz und kommunikative Kontakte zu ihren Wählern sowie zu Organisationen und Verbänden aufwenden, bedeutet dies noch nicht, dass sie diese Tätigkeit auch besonders wertschätzen. Eine Reihe von Studien belegt aber eine hohe Wertschätzung der Bürgerkommunikation (Elsner/Algasinger 2001, S. 27 ff.). Mehr als die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten zählte »Bürgernähe« zu den drei wichtigsten Eigenschaften, über die ein Abgeordneter verfügen sollte (nach Elsner/Algasinger 2001, S. 29). 54 % der befragten Abgeordneten (in einer Studie von 1994 bei Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten durch Patzelt [1995]) bezeichneten die Vertretung von Bürgerinteressen als wichtiges Aufgabenfeld, bei Abgeordneten mit Direktmandat wird die Wichtigkeit des »Wähler- und Bürgerservices« noch höher eingeschätzt (Elsner/Algasinger 2001, S. 30).



Auch stimmten 56 % der Parlamentarier der These »völlig« oder »überwiegend« zu, dass Abgeordnete »Anliegen von Bürgern, Gruppen und Kommunen entgegennehmen und sich bei Behörden, Ministerien oder vor Ort für sie einsetzen« sollten (Elsner/Algasinger 2001, S. 28).

Aus der Sicht der Abgeordneten werden sie von den Bürgern in vielen Fällen als eine Art »Mädchen für alles« angesehen, an die sie sich nicht nur in politischen, sondern auch in sehr privaten Angelegenheiten wenden. Dabei sollen sie ganz unterschiedliche Rollen einnehmen: etwa die eines Ombudsmanns, Kummerkastens, Ventils, Vermittlers, Arbeitsberaters, Seelsorgers oder Seelentrösters (Elsner/Algasinger 2001, S. 40 f.). Nach den Interviews, die 1996 und 1997 mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus Hessen und Sachsen durchgeführt wurden, scheint es drei Grundprinzipien im Umgang mit Bürgeranfragen zu geben, die eingehalten werden sollten (Elsner/Algasinger 2001, S. 20 f. u. 41 ff.):

- › Bürger können in jedem Fall eine Antwort erwarten.
- › Bürgeranliegen sind möglichst umgehend zu bearbeiten.
- › Bürgeranliegen sollten offen und ehrlich beantwortet werden; man will keine Erwartungen wecken, die man dann nicht einlösen kann.

Diese Prinzipien passen gut mit dem tatsächlichen Antwortverhalten der Bundestagsabgeordneten bei abgeordnetenwatch.de zusammen: Die meisten Fragen (über 80 %) werden, oft umgehend (9 % am Tag der Übermittlung der Frage, 50 % nach acht Tagen), beantwortet.

DIE MEDIEN, DAS INTERNET UND DIE ABGEORDNETEN

In der einen oder anderen Form ist der Abgeordnete auf die Kommunikation mit seinen Wählern angewiesen. In modernen Massengesellschaften erfolgt diese Kommunikation – obwohl, wie gezeigt wurde, auch in der direkten oder brieflich vermittelten Kommunikation – notwendigerweise zu großen Teilen über die Massenmedien vermittelt, im Wesentlichen über Rundfunk und Presse. Die Politik, so eine vielfach vertretene These, wird medialisiert (oder auch mediatisiert): Die Politiker passen sich in ihrem Verhalten den Prinzipien der Massenmedien an. Es gebe eine Verlagerung von der Entscheidungs- zur Darstellungspolitik, von »decision making activities« zu »information activities« (Zittel 2009, S. 367 ff. mit Verweis auf die Arbeiten von Sarcinelli und Kepplinger). [Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) bedient diesen Bedeutungszuwachs öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten, in dem es für die vormals oft nichtöffentliche Bürger-Abgeordneten-Kommunikation nun eine öffentliche Plattform bietet.

Allerdings wird teilweise erhofft, dass man gerade über das Internet dem Zwang zur massenmedial vermittelten Politik entgehen könnte, da es direkte Formen der Kommunikation und Information ermögliche (etwa Coleman 1999, nach Zittel 2009, S. 370).

Die von Zittel im Jahr 2004 durchgeführten Interviews mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages (n = 27) zeigen aber ein eher widersprüchliches Bild in Bezug auf eine Entmedialisierung der Kommunikation zwischen Bürgern und Abgeordneten durch das Internet (Zittel 2009).

Zittel interpretiert die Wählerkommunikation unter dem strategischen Aspekt der Wiederwahl. Die Nutzung von E-Mail oder das Angebot einer eigenen Webpräsenz wird dabei von den Abgeordneten als Möglichkeit der direkten, nicht massenmedial vermittelten Kommunikation angesehen. Aber die Informationsangebote der Abgeordneten richten sich auch an Journalisten und sind auf deren Wahrnehmung und massenmediale Vermittlung angewiesen. Interaktive Kommunikation, z. B. ein Diskussionsforum mit den Bürgern, wird kaum angeboten. Das Internet substituiert also keineswegs die Massenmedien. Diese bleiben zur Mobilisierung von Aufmerksamkeit unverzichtbar. »Das Internet wird ... zu einem Faktor der weitergehenden Medialisierung von Politik, anstatt ihr entgegenzuwirken.« (Zittel 2009, S. 387) Das Internet könne in diesem Sinne eher als Hybridmedium bezeichnet werden, das verschiedene Funktionen in der politischen Kommunikation erfülle und *auch* einen Beitrag zu einer rationalisierten Form der Wählerkommunikation erbringen könne.

Eine Befragung britischer Abgeordneter im Jahr 2008 zu ihrem Einsatz des Internets bestätigt im Wesentlichen die Ergebnisse von Zittel (Williamson 2009). Am Einsatz des Internets führt auch für britische Abgeordnete kein Weg mehr vorbei. Allerdings konzentriert sich der Einsatz auf E-Mail-Kommunikation, E-Mail-Newsletter und Informationsangebote über eine eigene Webpräsenz. Interaktive und diskursive Formen, wie sie von abgeordnetenwatch.de vorgesehen sind, werden nur selten angeboten.

Insbesondere E-Mail wird als wertvoll und nützlich angesehen, um mit den Wählern in Kontakt zu kommen. Allerdings sei E-Mail auch ein zweischneidiges Schwert: »E-Mail is a marvellous tool for communication, but a nightmare for MPs. Many constituents want to have a long email conversation with you. Sadly I have too busy a schedule«, so jedenfalls einer der befragten Parlamentarier (Williamson 2009, S. 9). Die Anzahl der erhaltenen E-Mails habe sich dramatisch erhöht, ohne dass die normale Post reduziert wurde, so eine weitere Einschätzung. E-Mail habe aber auch einen Demokratisierungseffekt, indem es den Graben zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern schließe (Williamson 2009, S. 19). Die eigenen Webangebote (inkl. Webvideos) erlaubten zwar teilweise, die etablierten Medien zu umgehen, man versorge diese aber auch über diesen Weg mit Material, in der Hoffnung, dass dieses ihren Weg in die Massenmedien findet (Williamson 2009, S. 17 f.)

**ABGEORDNETE, FRAKTIONEN, PARTEIEN UND DER DEUTSCHE BUNDESTAG**

Folgt man einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2005 (Gabriel/Schöllhammer 2009, S.423), dann haben 37 % der Befragten aus den alten Bundesländern (40 % aus den neuen Bundesländern) kein Vertrauen in die Mitglieder des Deutschen Bundestages allgemein, 30 % (36 % für neue Bundesländer) kein Vertrauen in die Wahlkreisabgeordneten und 22 % (29 %) kein Vertrauen in die Institution Deutscher Bundestag. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass 20 % der Befragten den Wahlkreisabgeordneten nicht kannten oder seine Arbeit nicht beurteilen konnten und deshalb die Frage nach dem Vertrauen zum Wahlkreisabgeordneten nicht beantwortet hatten. In den USA ist es umgekehrt. Dort genießen die Abgeordneten mehr Vertrauen als der Kongress als Institution.

Diese negative Bewertung des deutschen Abgeordneten wird mit einer kritischen Beurteilung ihrer Arbeit, mit einer geringen Bürgernähe (ganz anders als das Selbstbild der Abgeordneten) und mit einer stark negativen Berichterstattung der Presse erklärt (Gabriel/Schöllhammer 2009, S.430). Für die Autoren bleibt allerdings offen, ob diese Ergebnisse mehr als eine Momentaufnahme sind. Auch die »politische Kultur« der in den Vergleich einbezogenen Ländern mag zur Erklärung der Unterschiede beitragen: In den USA werde diese Kultur eher von individualistischen Werten geprägt, die Einzelperson wird dadurch stärker angesprochen, während in Deutschland eine gewisse Staatsfixierung vorherrsche und deshalb den politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegengebracht würde als den einzelnen Akteuren.

Nicht zu vergessen ist, dass das politisch-parlamentarische System und die jeweiligen Wahlverfahren in den USA dem einzelnen Abgeordneten eine hervorgehobene Rolle zuweisen als in Deutschland, wo die Abgeordneten stärker in Parteien und Fraktionen eingebunden sind. Dass allerdings die individuelle Profilierung der Abgeordneten in Deutschland durchaus ein herausgehobenes Ziel ist, ergibt sich wiederum aus den entsprechenden Befragungen von Herzog et al. (1990, S.126). Danach wurde die »Stärkung der Stellung des einzelnen Abgeordneten« von 39 % der befragten Abgeordneten als vordringlich angesehen – und damit aus einer Liste von sechs Zielen zur Parlamentsreform an die erste Stelle gesetzt.

Abgeordnetenwatch.de knüpft an diesem Interesse an individueller Profilierung der Abgeordneten an, was allerdings nur bedingt mit dem deutschen partei-, fraktions- und ausschussorientierten parlamentarischen System kompatibel ist.

ÖFFENTLICHKEIT DER KOMMUNIKATION

Ein weiteres, kontrovers beurteiltes Thema ist die Öffentlichkeit der Bürger-Abgeordneten-Kommunikation über abgeordnetenwatch.de.² Einige Abgeordnete akzeptieren diese Vorgabe nicht und teilen gegebenenfalls nur mit, dass eine persönliche Rücksprache (telefonische, briefliche oder im Rahmen der Wahlkreissprechstunde) möglich sei, sie aber nicht öffentlich über das Internet mit einzelnen Bürgern kommunizieren wollen. Andere Abgeordnete sehen in abgeordnetenwatch.de eine willkommene Plattform, über die sie in Kontakt mit den Bürgern treten und für ihre politischen Auffassungen werben können und nutzen diese offensiv. Parlament und Öffentlichkeit stehen in einer engen Beziehung zueinander und Abgeordnete sind auf Öffentlichkeit angewiesen. Aber natürlich muss nicht jede öffentliche Kommunikationsplattform von jedem Abgeordneten in gleicher Weise geschätzt und bedient werden.

In den letzten 20 Jahren hat sich durch das Internet das private wie öffentliche Kommunikationsverhalten in der Politik deutlich verändert. Angebote wie abgeordnetenwatch.de nutzen insbesondere die interaktiven und auf Öffentlichkeit und Transparenz zielenden Potenziale des Internets. Die Politik, insbesondere auch die Parlamente, stehen dem prinzipiell, auch mit eigenen Angeboten – man denke etwa an die öffentlichen Petitionen beim Deutschen Bundestag (Riehm et al. 2009) – positiv gegenüber. Im Einzelnen ist jedes Angebot einer detaillierten Prüfung auf seine Stärken und Schwächen zu unterziehen. Für abgeordnetenwatch.de wird hier eine erste Analyse zur Diskussion gestellt, die aber noch viele Fragen offen lässt.

Ulrich Riehm
Büro für Technikfolgen-Abschätzung
beim Deutschen Bundestag (TAB)
Berlin, April 2010

2 Dies wird im Übrigen von einem der Vorbilder von abgeordnetenwatch.de in Großbritannien, »WriteToThem«, anders gehandhabt. Dort sind Anfragen und Antworten nicht öffentlich zugänglich, die Plattform bietet ein Eingabeformular für eine Anfrage an einen Abgeordneten aus dem eigenen Wahlkreis, leitet diese weiter, wertet das Antwortverhalten des Parlamentariers statistisch aus und veröffentlicht dieses.



ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Bericht untersucht die Onlineplattform »abgeordnetenwatch.de«, die Informationen über die Mitglieder des Deutschen Bundestages und deren Arbeit anbietet und Bürgern einen direkten, öffentlichen Dialog mit ihnen vermittelt. Die Bereiche von abgeordnetenwatch.de, die sich auf das Europaparlament und einzelne Landtage beziehen, werden nicht berücksichtigt. Die Studie stellt die grundlegende Funktionsweise der Plattform dar, beleuchtet die Entstehungsgeschichte und die aktuelle Organisationsform des Angebots und untersucht die Nutzung der Plattform auf der Basis empirischer Daten zu den Nutzern, den Zugriffen auf die Plattform und zu den Frage-Antwort-Aktivitäten.

Abgeordnetenwatch.de lässt sich als zivilgesellschaftlich initiiertes E-Demokratie-Projekt charakterisieren. Es will durch seine Informationen zur Transparenz des politischen Prozesses beitragen und den Dialog zwischen Bürgern und Politikern unterstützen. Die Plattform wird professionell betrieben und versteht sich als unabhängig, überparteilich und nicht kommerziell. Sie steht in der Tradition von Bürgerinitiativen, die die Tätigkeit von Politikern kontrollieren (sogenannte »watchdogs«), und verfolgt das Ziel einer stärkeren Personenorientierung von Politik und Wahlrecht.

Das Angebot wird seit 2004 von den Bürgern in stetig wachsendem Maße genutzt. Unter den Nutzern befinden sich auffällig viele Männer, Personen mit hohem Bildungsgrad und mit überdurchschnittlichem Interesse an politischer Partizipation. Im Jahr 2007 verzeichnete die Plattform insgesamt 11.200 Fragen von Bürgern und 8.646 Antworten von Abgeordneten, was einer Antwortquote von ca. 77 % entspricht. Die durchschnittliche Fragenzahl pro Abgeordneten lag im Jahr 2007 bei 18 Fragen. 89 % der Abgeordneten haben mindestens schon einmal eine Frage über abgeordnetenwatch.de beantwortet.

Die Fragen erweisen sich in der Inhaltsanalyse von 100 zufällig ausgewählten Frage-Antwort-Paaren als überwiegend sachlich und argumentativ, wenn auch durchaus kritisch gegenüber den Politikern. Fragesteller wie Abgeordnete kommunizieren respektvoll miteinander. Insbesondere die Antworten der Abgeordneten zeichnen sich durch Höflichkeit gegenüber den Bürgern und durch besondere Ausführlichkeit aus.

Abgeordnetenwatch.de kann sich an den eigenen Ansprüchen durchaus messen lassen. Zwar kann nicht erreicht werden, dass sich die Nutzer primär an den Abgeordneten aus dem eigenen Wahlkreis orientieren. Auch werden bestimmte Abgeordnete unabhängig vom Wahlkreis öfter befragt als andere. Doch zeigt die Nutzung von abgeordnetenwatch.de, dass es den Betreibern gelungen ist, eine Plattform für den öffentlichen und direkten Dialog zwischen Bürger und Abge-



ZUSAMMENFASSUNG

ordneten zu etablieren, die »quasi als Nebenprodukt« mehr Transparenz über die Arbeit und die politischen Auffassungen der Abgeordneten herstellt.

Eine Reihe von Fragen bleibt offen und müsste in weiteren Untersuchungen beantwortet werden. Wenn die neuen Kommunikationsmedien neue politische Akteure mit Partizipationsangeboten auf den Plan rufen, wie sind diese neuen Mittler dann zu beurteilen? Wie werden die unterschiedlichen Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürger und Abgeordneten (Sprechstunden, Anfragen, Petitionen etc.) unter Berücksichtigung der jeweils genutzten »Kanäle« (persönliches Gespräch, Telefon, Brief, E-Mail, öffentliches Onlineforum) genutzt? Weiterer Klärungsbedarf besteht auch bei der Frage, ob durch die Fokussierung auf die Person der Abgeordneten nicht ein unangemessenes Verständnis von den Politikprozessen im Deutschen Bundestag vermittelt wird, das die Ebene der Fraktionen und der Ausschüsse ausblendet. Außerdem muss momentan noch offen bleiben, wie [abgeordnetenwatch.de](#) von den Abgeordneten selbst bewertet wird. Neben dem Dialog zwischen Bürgern und Abgeordneten verdiente daher auch der Dialog zwischen [abgeordnetenwatch.de](#) und den Mitgliedern des Bundestages eine stärkere Beachtung.

EINLEITUNG

I.

Auf der Onlineplattform »abgeordnetenwatch.de« (Abb. 1) kann jeder Bürger³ Informationen über Person und Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Deutschen Bundestages einsehen und Fragen an diese stellen. Die Betreiber des Angebots leiten die Anfragen ebenso wie die Antworten nach einer Prüfung durch Moderatoren mithilfe des Internets an die jeweiligen Adressaten weiter.⁴

ABB. 1 SCREENSHOT VON ABGEORDNETENWATCH.DE (STAND 7.4.2008)

The screenshot shows the homepage of Abgeordnetenwatch.de. At the top, there is a navigation menu with 'Startseite' and 'Bundestag'. Below this is a search bar for 'Wer für Ihren Wahlkreis zuständig ist, erfahren Sie durch Eingabe Ihrer Postleitzahl'. The main content area is divided into several sections: 'Bundestag' with a search for 'Eingetroffene Antworten von heute, 07.04.2008', 'Gesundheit' featuring Sabine Bätzing, and 'Demokratie und Bürgerrechte' featuring Klaus-Peter Willsch. On the right side, there are sections for 'Schirmherrin von Abgeordnetenwatch.de' (Prof. Dr. Jutta Limbach), 'Leser empfehlen' (listing various members and their recommendations), and 'Kanzlerkandidat der SPD?'. The bottom right corner features 'Google-Anzeigen' and 'Politik aktuell'.

Gegenüber herkömmlichen Anfragen von Bürgern an die Abgeordnetenbüros per Brief, Fax, E-Mail oder Telefon besteht die Besonderheit von abgeordnetenwatch.de darin, dass sowohl die Fragen als auch die Antworten auf einer Website veröffentlicht werden. Auf diese Weise kann jeder Interessierte die Kommu-

3 Im Folgenden wird generell das generische Maskulinum für beide Geschlechtsgruppen verwendet.

4 Unberücksichtigt bleiben im Weiteren die Bereiche von abgeordnetenwatch.de, die sich auf das EU-Parlament und einzelne Landtage beziehen.



nikation mitverfolgen. Einerseits erhalten Abgeordnete dadurch eine Gelegenheit zur Darstellung ihrer politischen Positionen in der Öffentlichkeit (und zur Darstellung ihrer Bereitschaft zum direkten Austausch mit Bürgern). Andererseits kann die Veröffentlichung der Fragen und Antworten zu einem verstärkten Rechtfertigungs- und Zeitdruck führen, insbesondere weil weder Inhalt noch Anzahl oder Zeitpunkt der Fragen durch die Abgeordneten beeinflusst werden können.

Mit ihrem Angebot wollen die Betreiber von abgeordnetenwatch.de zu mehr Transparenz und Bürgernähe der Volksvertreter beitragen. Die über 35.000 bislang gestellten Fragen (Stand: 1.7.2009⁵) ebenso wie zahlreiche Artikel und Beiträge in den Medien (Pressespiegel von abgeordnetenwatch.de unter www.abgeordnetenwatch.de/pressespiegel-284-0.html; Stand: 1.7.2009) belegen ein relativ großes öffentliches Interesse an der Plattform. Mit mehr als 30.000 Antworten beteiligen sich auch die Abgeordneten rege an dem Angebot, wobei nicht alle Abgeordneten mitwirken (Welt Online, 1.4.2008; www.welt.de/welt_print/article1858079/Die_Blogisierung_der_Politik.html; Stand: 1.7.2009). Als »watch-dog« (Wachhund) soll die Plattform außerdem die Beobachtung und Kontrolle der Parlamentarier erleichtern. Manche fühlen sich deshalb durch das Angebot in ungerechtfertigter Weise unter Druck gesetzt (Lübecker Nachrichten, 16.12.2006, S. 6; www.abgeordnetenwatch.de/images/presse/luebecker_nachrichten.gif; Stand: 1.7.2009). Die Zahl der Fragen und Antworten verdeutlicht auch den Aufwand, den das Angebot für die Büros der Abgeordneten bedeutet.

Die vorliegende Studie soll zu Hintergrund, Einordnung, Nutzung und Perspektiven von abgeordnetenwatch.de auf wissenschaftlicher Basis Fakten zusammentragen und auf diese Weise eine fundierte Meinungsbildung über abgeordnetenwatch.de unterstützen.⁶ Sie fokussiert dabei allein auf das Angebot zum Deutschen Bundestag, während auf der Plattform auch Angebote zur Hamburgischen Bürgerschaft (im Jahr 2008 zwischenzeitlich eingestellt, inzwischen wieder aktiviert), zum Europäischen Parlament und zu verschiedenen Wahlen auf Länderebene bereitgestellt werden.

Bislang gibt es kaum wissenschaftliche Studien über abgeordnetenwatch.de für den Deutschen Bundestag. Neben einführenden Darstellungen der Entwicklung von abgeordnetenwatch.de (Gardiner 2007) ist lediglich eine kommunikationswissenschaftliche Magisterarbeit aus dem Jahr 2007 bekannt (Focks 2007), die sich mit der Nutzung der Plattform durch die Bürger befasst. Allerdings hat sie das Angebot für die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft zum Gegenstand und nicht das zum Deutschen Bundestag.

5 Laut Angabe der Betreiber von abgeordnetenwatch.de auf ihrer Internetseite.

6 Die Studie wurde als Gutachten für das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) in Auftrag gegeben und im Mai 2008 fertiggestellt.

Deshalb wird in der vorliegenden Studie explorativ vorgegangen. Um den *Ansatz* von *abgeordnetenwatch.de* besser zu verstehen wird

- › der Hintergrund des Projekts untersucht (Kap. II.1). Hierzu zählten nicht nur die Beschreibung des Dialogkonzepts, seiner Entstehung und der treibenden Idee, sondern auch eine Beleuchtung des organisatorisch-finanziellen Rahmens von *abgeordnetenwatch.de*. Neben einer Sichtung von Onlinedokumenten und Veröffentlichungen wurde dazu ein Gespräch mit einem der Initiatoren und heutigen Koordinator von *abgeordnetenwatch.de*, Gregor Hackmack, geführt.
- › Die Konzeptidee von *abgeordnetenwatch.de* wird in den Kontext ähnlicher E-Demokratie-Projekte im In- und Ausland vergleichend eingeordnet mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten und Besonderheiten zu identifizieren (Kap. II.2).

Um ein Bild von der *Nutzung* von *abgeordnetenwatch.de* zu zeichnen, wird

- › die Resonanz der Plattform bei unterschiedlichen Akteuren (Fragestellern, Lesern, Abgeordneten) untersucht (Kap. II.3). Dazu wurden quantitative Auswertungen a) der Serverlogfiles, b) einer Onlinebefragung der Nutzer sowie c) der Frage-Antwort-Aktivitäten auf der Plattform vorgenommen.⁷
- › Die Qualität der Interaktion zwischen Fragenden und Abgeordneten wird durch eine Inhaltsanalyse ausgewählter Frage-Antwort-Paare bewertet (Kap. II.4; Beschreibung des methodischen Vorgehens in Kap. V.1).

Die Befunde werden schließlich zusammenfassend diskutiert (Kap. III). Dabei soll gefragt werden, inwiefern *abgeordnetenwatch.de* die selbstgesteckten Ziele erreichen kann und welche Perspektiven sich für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Deutschen Bundestag und *abgeordnetenwatch.de* ergeben. Schließlich wird der weitere Forschungsbedarf skizziert.

⁷ Zum Vorgehen in diesem Abschnitt ist anzumerken, dass die Daten für die Untersuchung durch die Betreiber der Plattform bereitgestellt wurden. Im Fall der Logfiles wie auch der Befragungsergebnisse ließen sich Daten auf anderem Wege nicht beschaffen, im Fall der Aktivitäten auf der Plattform hätte die Datenerhebung einen unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand bedeutet. Die Autoren danken in diesem Zusammenhang den Betreibern von *abgeordnetenwatch.de* für ihre Kooperationsbereitschaft und Unterstützung.





ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE

II.

HINTERGRUND ZU ABGEORDNETENWATCH.DE

1.

DIALOGKONZEPT DER PLATTFORM

1.1

Der Kern von *abgeordnetenwatch.de* ist der *Dialog zwischen Bürger und Abgeordneten* mittels öffentlich sichtbarer Fragen und Antworten.

Ergänzend bietet die Plattform verschiedene Möglichkeiten:

- › *Nach Abgeordnete suchen*: Dafür werden drei Pfade angeboten. Erstens die Suche der Abgeordneten nach dem Ortsprinzip. Diese erfolgt entweder mittels Eingabe der Postleitzahl des Wahlkreises oder über die Auswahl eines Bundeslandes. In letzterem Fall wird eine weitere Verfeinerung der Suche nach Wahlkreis, Partei oder Namen angeboten. Zweitens können Abgeordnete über ihre Mitgliedschaft in Ausschüssen und Gremien sowie über ihr Abstimmungsverhalten gefunden werden. Drittens steht eine allgemeine Suchfunktion bereit, in der beispielsweise durch Eingabe eines Namens direkt die Detailseite eines Abgeordneten aufgerufen werden kann.
- › Sich über *Person und Funktion der Abgeordneten* informieren: Zum persönlichen Profil jedes Abgeordneten gehören die folgenden Angaben: Ausschussmitgliedschaften (mit Rolle), Funktionen in der Fraktion, Geburtsjahr, berufliche Qualifikation, aktueller Beruf, Wahlkreis, Kandidatenstatus bei der letzten Wahl (Direktkandidat/Listenkandidat), Platzierung auf der Landesliste bei der letzten Wahl, Telefonnummer, E-Mail (auf Wunsch) und ein Bild.
- › Sich über das *Abstimmungsverhalten der Abgeordneten* bei ausgewählten namentlichen Abstimmungen informieren.
- › Sich über *anzeigepflichtige Nebentätigkeiten der Abgeordneten* (laut Verordnung des Deutschen Bundestages) informieren.

Weitere Informationen über den Bundestag stehen in Form

- › einer Liste *ausgewählter Abstimmungen* zur Verfügung, deren Ergebnisse von den Nutzern kommentiert werden können,
- › außerdem werden die *Ausschüsse und Gremien des Bundestages* mit ihrer Tätigkeit und ihren Mitgliedern vorgestellt und
- › das *Wahlrecht* kurz erläutert.

Das Dialogkonzept der Plattform lässt sich mithilfe des Kommunikationsmodells von Lasswell (1948) gut erfassen, der mit seiner Frage »Wer sagt was zu wem über welchen Kanal mit welchen Wirkungen?« folgende fünf relevante Aspekte der Kommunikation hervorhebt:

Kommunikatoren (wer?): Die Rollen der Kommunikatoren sind klar eingeteilt. Bürger können Fragen stellen, Abgeordnete können Antworten geben. Ein Rollenwechsel (etwa von Abgeordneten in die Rolle der Fragensteller) wird durch den Moderationscodex ausgeschlossen (www.abgeordnetenwatch.de/moderations_codex-766-0.html; Stand 1.7.2009). Außerdem gibt es Moderatoren, die die Fragen prüfen und an die Abgeordneten weiterleiten. Sie treten allerdings nur im Konfliktfall sichtbar in Erscheinung, wenn sie direkten Kontakt zu Fragestellern oder Abgeordneten aufnehmen.

Jeder Rolle entsprechen bestimmte Möglichkeiten, sich auf der Plattform zu präsentieren. Die Abgeordneten werden mit einem Bild vorgestellt, über sie sind viele Informationen verfügbar – bis hin zu ihrem Verhalten bei bestimmten Abstimmungen und zu Nebentätigkeiten. Diese Informationen werden von den Anbietern der Plattform aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen zusammengestellt, die Abgeordnete können Ergänzungen vornehmen.

Von den Bürgern werden dagegen nur der Name, der Wohnort und eine E-Mail-Adresse als Selbstauskunft erhoben und den angesprochenen Abgeordneten zugeleitet. Öffentlich sichtbar wird allein der Name eines Fragestellers, dieser wird außerdem in einer Weise dargestellt, die den Zugriff durch Suchmaschinen verhindert. Es besteht also eine starke Asymmetrie der beiden wesentlichen Kommunikationsrollen.

Inhalt (was?): Die Inhalte der Beiträge werden zunächst durch das Moderationsteam auf ihre Konformität mit dem Codex überprüft. Im Weiteren besteht eine Asymmetrie zwischen Bürgern und Abgeordneten: Erstere können ihren Themenbereich vergleichsweise frei wählen,⁸ während von den Abgeordneten eine Reaktion auf die Frage erwartet wird. Andererseits werden die Fragesteller angehalten, die Länge der Fragen auf 2.000 Zeichen zu begrenzen, wohingegen für Abgeordnete keine Begrenzung besteht. Bezüglich der Festlegung auf eine Beitragsform (Fragen bzw. Antworten) und der Kontrolle durch das Moderationsteam werden beide Kommunikationsrollen gleich behandelt, allerdings können die Bürger zusätzlich die Antworten der Abgeordneten als »lesenswert« bewerten, was als neutrale Form der Empfehlung gedacht ist.

Empfänger (zu wem?): Neben dem jeweiligen Adressaten der Kommunikation, also dem Abgeordneten bzw. dem Fragesteller, ist hier auch das Publikum zu berücksichtigen, das zwar unsichtbar bleibt, aber als potenzielle Leser und Fra-

⁸ Ausgeschlossen aus thematischen Gründen sind Fragen zum Privatleben und solche, deren Beantwortung eine Verletzung der Schweigepflicht bedeuten würde. Die Plattform schlägt außerdem grobe thematische Kategorien vor (z. B. »Demokratie und Bürgerrechte«, »Internationales«) und bietet einzelne Abstimmungen als thematischen Bezug an. Ebenfalls ausgeschlossen sind Massenanfragen an die Abgeordneten, wie z. B. bei Kampagnen. Laut Aussage der Betreiber gelten »10 bis 15 gleichlautende Fragen« dabei noch als akzeptabel (Hackmack/Hekele 2008).

gensteller (bzw. auch – im Fall von Journalisten – Distributor) die Kommunikation mit beeinflusst.

Medium (welcher Kanal?): Die Kommunikation auf abgeordnetenwatch.de ist auch medial stark reguliert. Fragen können nur in Textform über ein Onlineformular gestellt werden, die Moderatoren übernehmen dann die interne Weiterleitung per E-Mail.⁹ Auf der Plattform erscheinen die Antworten dann stets unterhalb der Fragen. Auf diese Weise ergibt sich eine zwar direkte, aber medial stark vermittelte und – nicht zuletzt aufgrund der Zeit, die für die Moderation benötigt wird (zwischen wenigen Minuten und einigen Tagen) – auch asynchrone Kommunikation. Diese ist zudem nur eingeschränkt interaktiv, da eine vertiefte Interaktion im Sinne eines mehrmaligen Hin und Her von Fragen und Antworten vonseiten der Organisatoren nicht vorgesehen ist, nur einmalige Nachfragen zu einer Antwort werden laut Moderationscodex zugelassen.

Effekt (welche Wirkungen?): In Bezug auf den Effekt stellen sich verschiedene interessante Fragen, insbesondere was die Veränderung des Verhältnisses von Bürger und Abgeordneten oder der politischen Kommunikation allgemein angeht. Allerdings lässt sich im Rahmen der vorliegenden Studie der Effekt der Kommunikation nicht erfassen, da hierfür ein auch in zeitlicher Hinsicht umfangreicheres Forschungsprogramm erforderlich wäre. Daher werden in Bezug auf den Effekt der Kommunikation nur Hypothesen aufgestellt und die Schritte zu ihrer Überprüfung skizziert (Kap. III).

Die Darstellung des grundlegenden Dialogkonzepts von abgeordnetenwatch.de offenbart eine Vielzahl von institutionellen und technischen Vorkehrungen, die zum Teil die Gleichheit der Nutzer betonen, zum Teil aber auch ihre Ungleichheit. Diese scheinbare Widersprüchlichkeit ist dem erklärten Ziel der Plattform geschuldet, Transparenz und Rechenschaft zu fördern und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Kommunikation auf der Plattform überparteilich, sachlich und individuell bleibt.

ENTSTEHUNG DES ANGEBOTS

1.2

Die Entstehung von abgeordnetenwatch.de spielte sich zunächst in einem lokalen Kontext ab. Im Juni 2004 brachte eine Bürgerinitiative in Hamburg einen Volksentscheid zum Erfolg, mit dem ein stark personalisiertes Verhältniswahlrecht für die Hamburger Bürgerschaft und die Hamburger Bezirksparlamente eingeführt wurde (Kasten).

⁹ Aus diesem Grund leiten viele Abgeordnete ihre Antworten mit der Formel »Vielen Dank für ihre E-Mail« ein, was aus Sicht der Fragesteller nicht unmittelbar einleuchtet.

DIE CHRONOLOGIE VON ABGEORDNETENWATCH.DE IM ÜBERBLICK:

ab 1/2004	Kampagne für ein neues Wahlrecht in Hamburg durch den Verein »Mehr Demokratie«, u. a. Spendensammlung über eine Kampagnenwebsite
13.6.2004	Erfolg der Initiative für ein neues Wahlrecht für Hamburg
9/2004	<i>abgeordnetenwatch.de</i> für die Hamburgische Bürgerschaft entsteht
8.12.2004	Start des Angebots für die Hamburgische Bürgerschaft
5/2005	Ausdehnung des Angebots auf die Bezirksversammlungen in Hamburg
25.5.2005	Nominierung für den »Grimme Online Award 2005«
3.8.2005	Start des Angebots zur Bundestagswahl 2005
9.2.2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
10.2.2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Baden-Württemberg
15.2.2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
8.12.2006	Start des Angebots für den Deutschen Bundestag
26.7.2006	Start des Angebots zur Bürgerschaftswahl in Bremen
1.8.2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
2.2.2007	Eingang der 2.000. Frage an einen Bundestagsabgeordneten und der 1.000. Antwort eines Bundestagsabgeordneten
26.3.2007	Start des Angebots zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses
10.5.2007	Nominierung für den »Grimme Online Award 2007«
5.9.2007	Start des Angebots für die deutschen EU-Parlamentarier
5.12.2007	Start des Angebots für die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen
11.12.2007	Start des Angebots zur Bürgerschaftswahl in Hamburg
12.3.2008	Vorübergehende Einstellung des Angebots für die Hamburgische Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen infolge fehlender Finanzierung (im Februar 2009 erneut in Dienst genommen)

Ausgangspunkt für die Volksinitiative war eine Kritik des Listenwahlrechts, das aus Sicht von Mehr Demokratie e.V. den Parteien einen zu großen Einfluss bei der Vergabe der Mandate einräumte. Gefordert wurde deswegen eine stärkere Personalisierung des Wahlrechts durch die Wahl von Direktkandidaten. Zwar revidierte die Hamburger Bürgerschaft in der Folge einige Elemente des neuen Wahlrechts, doch ist Hamburg seitdem das einzige Bundesland, in dem die Wähler sowohl auf

kommunaler als auch auf Landesebene panaschieren und kumulieren können, d. h., sie können ihre fünf Stimmen auf Kandidaten unterschiedlicher Parteien in ihrem Wahlkreis verteilen (panaschieren) und dabei einzelnen Kandidaten bis zu fünf Stimmen geben (kumulieren).

Die heutigen Betreiber von abgeordnetenwatch.de waren in die Volksinitiative zur Reform des Wahlrechts stark involviert. Die Idee von abgeordnetenwatch.de entstand nach dem erfolgreichen Volksentscheid aus der Feststellung heraus, dass die üblichen Kanäle der politischen Meinungsbildung für das neue personalisierte Wahlrecht nicht ausreichen würden, weil den Wählern nicht genügend Informationen über die Arbeit ihrer Abgeordneten (und bei Wahlen über die zahlreichen Kandidaten) zur Verfügung stünden. Die Plattform abgeordnetenwatch.de sollte helfen, diese Lücke zu schließen. Nachdem sich das Konzept auf Landesebene sowie – unter dem Namen kandidatenwatch.de – in verschiedenen Wahlkämpfen, darunter dem Bundestagswahlkampf 2005, bewährt hatte, übertrugen die Organisatoren das Konzept auch auf die gewählten Mitglieder des Deutschen Bundestages.

POLITISCHE IDEE DES ANGEBOTS

1.3

Ausgangspunkt für die Entwicklung von abgeordnetenwatch.de waren Diskussionen über die Reform des Wahlrechts in Hamburg, mithin fundamentale Fragen zum institutionellen Design der Demokratie. Insofern überrascht es nicht, dass Gregor Hackmack, einer der Initiatoren der Plattform, im Gespräch über den Hintergrund des Projekts ausführlich über die politischen Ideen spricht, zu deren Verwirklichung das Angebot beitragen soll.¹⁰ Überraschend ist allerdings, dass diese politischen Ideen weniger mit direkter Demokratie zu tun haben, als vor dem Hintergrund des Ursprungs im Verein »Mehr Demokratie«, dem es um eine Stärkung direktdemokratischer Elemente geht, zu erwarten wäre. Die folgenden Aspekte bestimmen die politische Idee des Angebots:

Personenorientierung ohne Personalisierung: Im Zentrum des Konzepts von abgeordnetenwatch.de steht die Überzeugung, dass Programme und Ideen zwar wichtig sind für die Politik, deren Umsetzung aber letztlich an Personen hängt. Entsprechend wichtig sei es für die Bürger, das politische Personal zu kennen und seine Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit einschätzen zu können – und zwar, im Unterschied zum Trend einer Personalisierung der Wahlkämpfe, bis in die hinteren Plätze der Landeslisten und der Parlamentsbänke hinein. Damit soll das Angebot die Funktion des Abgeordneten als Repräsentant der Bürger und

¹⁰ Die Angaben in diesem Abschnitt sowie die wörtlichen Zitate basieren, soweit nicht anders angegeben, auf einem semistrukturierten Interview, das die Projektbearbeiter mit Gregor Hackmack, einem der beiden für abgeordnetenwatch.de verantwortlichen Koordinatoren, am 30. Januar 2008 in Hamburg führten.

das direkte Verhältnis zwischen beiden stärken. Es geht von einer Gleichheit zwischen allen Abgeordneten aus und will eine Ausrichtung auf einzelne, charismatische Vertreter verhindern, wie sie bei einer stärkeren Personalisierung der politischen Kommunikation befürchtet wird (Holtz-Bacha 2002; Schoen 2005). Damit will die Plattform die Voraussetzung für ein stärker personalisiertes Wahlrecht schaffen, wie beim Volksentscheid zur Reform des Hamburger Wahlrechts 2004 gefordert wurde.

Dokumentation, Dialog und Kontrolle: Die Plattform war in ihrer Grundkonzeption zunächst allein zur öffentlichen Dokumentation des Verhaltens der Abgeordneten bei Abstimmungen vorgesehen. Die Dialogfunktion, die einen direkten Kontakt zwischen Bürger und Abgeordneten ermöglicht, war nur ein Zusatz, der sich aus den Überlegungen zur Umsetzung des Angebots entwickelte, dann aber zur Hauptattraktion des Angebots wurde.

Noch heute betonen die Organisatoren jedoch die Dokumentationsfunktion, die sich außer auf das Abstimmungsverhalten auch auf die Interaktion mit dem Bürger bezieht. Sie verweisen auf den »zeitgeschichtlichen Wert« der Plattform als »Wählergedächtnis« und haben organisatorische Vorkehrungen getroffen, um die Protokolle dauerhaft für den öffentlichen Zugriff vorrätig zu halten (Kap. II.1.4).

Sowohl die Dokumentations- als auch die Dialogfunktion ermöglichen dem Bürger aber auch ein gewisses Maß an Kontrolle über die Abgeordneten. So verweisen einige Abgeordnete auf den öffentlichen Druck, der sie dazu bringe, Fragen der Bürger auf der Plattform zu beantworten, um nicht in einem schlechten Licht dazustehen (Welt am Sonntag, 10.12.2006; www.welt.de/print-welt/article701598/Big_Buerger_is_watching_you_Politikern_online_auf_die_Finger_schauen.html; Stand: 1.7.2009), und äußern die Befürchtung, das Projekt könne ein »moderner Pranger« werden (Zeit online, 8.12.2006; www.zeit.de/online/2006/50/Abgeordnetenwatch; Stand: 1.7.2009).

Die Plattform stellt dabei in der Sichtweise der Betreiber einen neutralen, überparteilichen und transparent arbeitenden Moderator dar, der zwischen den Interessen und Bedürfnissen der Bürger und Abgeordneten vermittelt. Diese Intention, die sich wie zuvor dargelegt auch im Dialogkonzept der Plattform widerspiegelt, stößt allerdings immer wieder auf Kritik bei den Abgeordneten, die eine Vermittlungsinstanz im Kontakt mit dem Bürger ablehnen (Focus Online 12.12.2006; www.focus.de/politik/deutschland/webseite_aid_120932.html; Stand: 1.7.2009). Dieser Haltung gegenüber betonen wiederum die Betreiber ihr Selbstverständnis als Bürgerrechtsaktivisten, die aus eigenem Antrieb die politische Kommunikation mitgestalten.

Abgeordnete als Repräsentanten: Abgeordnetenwatch.de geht es darum, das Vertrauen in das parlamentarische System zu stärken und den Repräsentanten



als Vertreter der Bürger in den Vordergrund zu stellen. Dazu gehört neben einem »direkten Draht«, über den sich die Bürger mit ihren Anliegen an »ihren« Abgeordneten wenden können,¹¹ auch die Transparenz seines Tuns. Nicht die Parteien sollen die Arbeit des Abgeordneten kontrollieren (z. B. über die Vergabe von Listenplätzen), sondern die Wähler. Auf der Basis von Transparenz und Bürgerkontakt erhofft sich Hackmack eine Steigerung des Interesses für den eigenen Abgeordneten und eine stärkere Begeisterung für die politische Partizipation insgesamt.

Der Fokus auf Abgeordnete als Repräsentanten geht jedoch nicht so weit, die Institution des Verhältniswahlrechts zu hinterfragen. Denn ein Mehrheitswahlsystem vernachlässige die Stimmen derjenigen, die den im jeweiligen Wahlkreis siegreichen Kandidaten nicht unterstützen. Auch der Fraktionszwang, dem die Abgeordneten des Bundestages bei manchen Abstimmungen unterliegen, stellt für Hackmack per se kein Problem dar, sondern dient der effektiven Organisation von Mehrheiten. Die Plattform könne zum einen dabei helfen, eventuelle Konfliktlagen der Abgeordneten aufgrund des Fraktionszwangs transparent zu machen und ihr Verhalten zu erklären, zum anderen könnten die Bürger bereits zu einem Zeitpunkt auf die Mehrheitsbildung in den Fraktionen einwirken, zu dem noch kein Fraktionszwang besteht. Umgekehrt diene die Plattform der politischen Bildung der Nutzer, indem sie den Bürgern verdeutlicht, dass es in der Politik nicht so sehr um die Durchsetzung von Maximalforderungen geht, sondern die Abwägung von Interessen und Gesichtspunkten und die Entwicklung von Kompromissen erforderlich sind.

Wirkungen auf das Verhältnis zu Bürger, Fraktion und Abgeordneten: Auch wenn die tatsächlichen Konsequenzen des Angebots für die politische Kommunikation für die Betreiber der Plattform nicht absehbar sind, beobachten sie eine Auswirkung über den Bürgerkontakt im engeren Sinn hinaus. Denn auch innerhalb des Parlaments ergeben sich neue Möglichkeiten. So verweist Hackmack darauf, dass Abgeordnete sich nach seiner Beobachtung untereinander über die Plattform besser kennenlernen würden, etwa wenn sie zu einem bestimmten Thema auch die Antworten der Experten aus anderen Fraktionen verfolgen und sich darüber Kontakte zu thematisch ähnlich interessierten Kollegen ergeben. Auch die Kontakte in der eigenen Fraktion würden verstärkt, wenn sich ein Wahlkreisrepräsentant gezwungen sieht, zu einer Frage außerhalb seines Kompetenzbereichs den entsprechenden Fachsprecher seiner Fraktion zu kontaktieren. Nicht zuletzt sieht er in der Plattform auch einen Einfluss auf die öffentliche Wirkung der Abgeordneten, die sich mit ihrer Hilfe profilieren könnten und dabei die Mechanismen der massenmedialen Öffentlichkeit umgehen könnten.

11 Ganz bewusst verzichtet abgeordnetenwatch.de auf eine Übersicht aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages und legt durch die prominente Platzierung einer Suchfunktion mittels Postleitzahl die Suche nach dem Vertreter des eigenen Wahlkreises nahe.



Abwicklung im Internet als Selbstverständlichkeit: Die Entscheidung, ein solches Angebot im Internet zu erstellen, scheint den Betreibern nicht erklärungsbedürftig zu sein. Hackmack verweist auf den großen Erfolg, den eine von den Initiatoren konzipierte Kampagnenseite zur Reform des Hamburgischen Wahlrechts hatte, ebenso auf den Wahlkampf von Howard Dean zu den Vorwahlen der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl 2004, der eine Internetplattform als zeitgemäße Form der politischen Kommunikation erscheinen ließ.

ORGANISATIONSFORM UND FINANZIERUNG

1.4

Der Beginn von abgeordnetenwatch.de als Angebot für die Hamburgische Bürgerschaft war durch eine lose Organisationsform gekennzeichnet. Eine Gruppe von Interessierten entwickelte ehrenamtlich das Konzept und sorgte für die technische Umsetzung. Die Anbindung an die Abgeordneten erfolgte auf Basis der Kontakte, die bereits durch die Arbeit im Verein »Mehr Demokratie« bestanden. Insofern ähnelt der Beginn der Entwicklung von Internet-Start-ups, die zunächst allein vom (ehrenamtlichen) Engagement der Gründer und deren Ideen und Fähigkeiten leben.

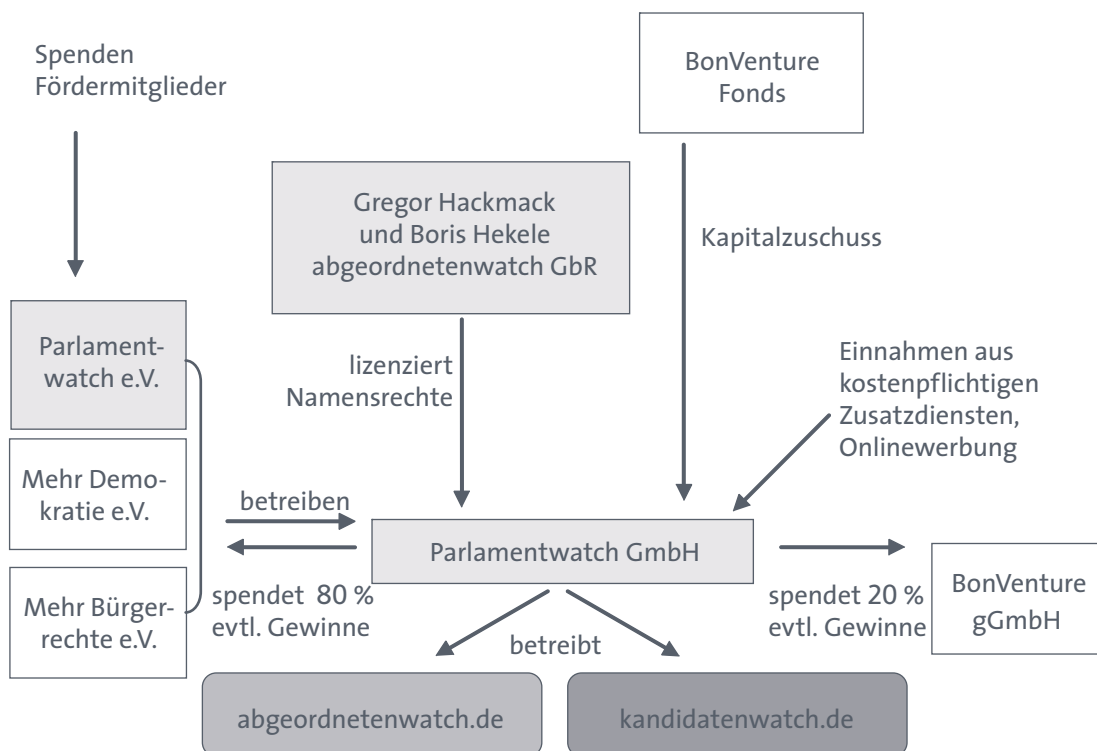
Die Ausweitung des Dialogangebots auf die Bundesebene im Verlauf des Bundestagswahlkampfes 2005 brachte durch den hohen Aufwand zusätzlichen Finanzierungsbedarf mit sich und in der Folge die Notwendigkeit, eine rechtlich solidere Organisationsform zu bilden. Insbesondere der Verkauf von sogenannten Profilerweiterungen an die Kandidaten (bei kandidatenwatch.de), mit denen diese sich ausführlicher auf der Plattform darstellen konnten, machte die Gründung der Abgeordnetenwatch GbR durch Gregor Hackmack und Boris Hekele erforderlich. Diese hält noch heute die Namensrechte an abgeordnetenwatch.de und stellt sie für den heutigen Betreiber, die Parlamentwatch GmbH, unter Lizenz bereit.

Heute existieren zwei Organisationen, die die Plattform betreiben (Abb. 2). Der gemeinnützige Verein Parlamentwatch e.V. ist der Träger des Angebots. Bei ihm laufen die Spenden und Förderbeiträge zusammen. Für den Betrieb sorgt die Parlamentwatch GmbH, deren Angestellte (derzeit fünf Vollzeitkräfte und zwei geringfügig Beschäftigte) die technischen Aufgaben und die Moderation der Plattform übernehmen. Auch kostenpflichtige Leistungen wie der Verkauf von Profilerweiterungen bei kandidatenwatch.de werden über die GmbH angeboten.

Der Hintergrund dieser Organisationsstruktur ist zum einen eine Professionalisierung des Betriebs, verbunden mit einem höheren Kapitalbedarf. Kapital erhielten die Initiatoren vor allem vom Fonds BonVenture, einer auf soziale Projekte ausgerichteten Kapitalgesellschaft (zum Portfolio gehören neben abgeordnetenwatch.de unter anderem auch die Kinderzentren Kunterbunt und das Institut für Vermittlungscoaching von Thomas Heinle). BonVenture übernahm mit einer Summe von 200.000 Euro das finanzielle Risiko des Betriebs der Plattform (mit

einer Perspektive von fünf bis acht Jahren). Auf Basis dieses Engagements konnte erst die Ausweitung des Angebots auf den Bundestag erfolgen. »Ohne BonVenture gäbe es abgeordnetenwatch.de auf Bundesebene nicht«, so Hackmack im Interview. BonVenture hält insgesamt 15 % der Anteile an der Parlamentwatch GmbH.

ABB. 2 ORGANISATIONSSTRUKTUR VON ABGEORDNETENWATCH.DE



Quelle: Interview mit Gregor Hackmack vom 30.1.2008; www.abgeordnetenwatch.de/finanzierung-632-0.html (Stand: 31.3.2008)

Wie andere Risikokapitalgeber erwartet auch BonVenture einen Rückfluss der Mittel, allerdings ist das Ziel nicht ein monetärer Gewinn für den Investor, sondern vielmehr der nachhaltige Betrieb der Projekte, die das Unternehmen finanziert. Dies drückt sich im Gesellschaftsvertrag der Parlamentwatch GmbH aus, der diese verpflichtet, alle eventuell anfallenden Gewinne zu spenden. Aufgrund dieser Klausel dürften die Anteile an der GmbH auch im Erfolgsfall keinen höheren Wert als den Nennwert erzielen. Die Kapitalgeber profitieren allerdings indirekt vom eventuellen Erfolg des Projekts, da ebenfalls vereinbart ist, dass 20 % des Gewinns von Parlamentwatch GmbH als Spende dem gemeinnützigen Arm von BonVenture, der BonVenture gGmbH, für die von ihr geförderten Projekte zukommen. Die übrigen Erträge sollen dem Verein Parlamentwatch e.V. zufließen und dessen Arbeit finanzieren.

Wie an diesen Regelungen deutlich wird, soll die spezielle Organisationsstruktur zum anderen auch der langfristigen Absicherung der Unabhängigkeit und Nichtkommerzialisierung des Projekts dienen, insbesondere auch mit Blick auf die Dokumentationsfunktion der Plattform. So sind die Namensrechte in der Personengesellschaft der Initiatoren gesichert, die Inhalte zwar in den Händen der GmbH, diese ist jedoch durch den Verzicht auf die anfallenden Gewinne nicht attraktiv für private Interessenten. Eine unabhängige Kontrolle über die Einhaltung des Moderationscodex übt außerdem ein Kuratorium aus, das sich aus neun Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzt, die keine wichtigen Mandate in einer Partei innehaben dürfen.

Eine Finanzierung der Plattform war erst mit der Ausweitung des Angebots auf die Bundesebene nötig geworden, zuvor reichten die durch »Mehr Demokratie e.V.« bereitgestellten Räumlichkeiten und die ehrenamtliche Arbeit für den Betrieb aus. Heute entstehen Kosten vor allem durch das Personal für Moderation, technische Betreuung und den Kontakt mit Bürgern und Abgeordneten, außerdem für die Informationsbeschaffung und das Einpflegen aktueller Informationen. Die Betreiber geben einen monatlichen Finanzierungsbedarf von 12.000 bis 15.000 Euro an, wobei durch die Werbung auf der Website nur ein mittlerer dreistelliger Betrag eingenommen wird (200 bis 500 Euro, Hackmack/Hekele 2008).¹²

Das Geschäftsmodell sieht vor, diese Kosten durch Einnahmen aus Werbeeinblendungen (die sich allerdings durch die Nutzer ausblenden lassen) sowie durch Spenden und Beiträge von Fördermitgliedern zu decken.

Für kandidatenwatch.de im Rahmen von Wahlkämpfen besteht außerdem die Möglichkeit, durch den Verkauf zusätzlicher Leistungen an die Kandidaten Einkünfte zu erzielen. Dieses unter Kandidaten wie Abgeordneten sehr umstrittene »Kostenbeteiligungsmodell« wird seit der Bundestagswahl 2005 praktiziert. Es sieht vor, für wahlkampfrelevante Zusatzinformationen, z. B. wie ein Kandidatenbild, eine Möglichkeit der Selbstdarstellung, einen Terminkalender etc., einen Betrag von 200 Euro zu erheben.

In der Vergangenheit hatten verschiedene Landeszentralen für politische Bildung den Betrieb der jeweiligen Wahlkampfplattformen (kandidatenwatch.de) unterstützt.

Die Plattform unterhält Medienpartnerschaften, über die Onlinenachrichtendienste eine direkte Einbindung der Suchfunktion nach Abgeordneten auf ihrer Seite anbieten können. Gegenwärtig unterstützen Spiegel Online, Süddeutsche

12 Für die Finanzierung der geplanten Angebote auf der Ebene der Landesparlamente geben die Betreiber einen Betrag von 50 Euro pro Abgeordneten und Monat als Kalkulationsgrundlage an (www.abgeordnetenwatch.de/hintergrund-202-0.html; Stand 31.3.2008).

Zeitung Online und Welt Online die Plattform durch eine Partnerschaft, die sich für abgeordnetenwatch.de vor allem in höheren Besucherzahlen auszahlt.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

1.5

Mit dem Start des Angebots von abgeordnetenwatch.de für die deutschen EU-Parlamentarier im September 2007 hatte die Plattform ein vorläufiges Maximum ihrer Ausdehnung erreicht. Außer zu Land- und Bundestagswahlen war es nun auf der Landes- (wenn auch beschränkt auf Hamburg), Bundes- und EU-Ebene möglich, direkten Kontakt zu den Vertretern im Parlament zu erhalten. Die zwischenzeitliche Einstellung des Angebots für Hamburg (März 2008 bis Februar 2009) zeigte jedoch die finanziellen Grenzen des Spielraums der Betreiber auf.

Die nachhaltige Finanzierung des Angebots ist daher eines der wichtigsten Ziele für die Zukunft von abgeordnetenwatch.de. Dazu gehören neben der gezielten Suche nach Förderern auch die Entwicklung von Mehrwertangeboten für die Abgeordneten, wie z. B. spezialisierte Auswertungen der Aktivitäten auf der Plattform, und die Erschließung weiterer Einnahmequellen, die die Unabhängigkeit gewährleisten.

Neben der Absicherung des bestehenden Betriebs steht als weiteres Ziel für die Zukunft die Einbeziehung aller Landesparlamente in das Angebot. Allerdings räumt Hackmack einen längeren Zeithorizont für die Verwirklichung dieses Ziels ein, das sich nach seinen Angaben innerhalb der nächsten fünf Jahre voraussichtlich nicht verwirklichen lasse.

An einer Kooperation mit Parlamenten ist abgeordnetenwatch.de interessiert, solange die Unabhängigkeit der Plattform gewährleistet ist, also sowohl die Eigenständigkeit der durchführenden Organisation als auch die Kontrolle über die Datenarchivierung. Kooperationsgewinne könnten aus Sicht von abgeordnetenwatch.de entstehen, wenn man sich auf technische Standards einigen könnte, die es abgeordnetenwatch.de ermöglichen, Informationen (wie Abstimmungsergebnisse, veröffentlichungspflichtige Angaben über die Abgeordneten etc.) von den Webseiten der Parlamente automatisch einzulesen. Auf diese Weise könnte abgeordnetenwatch.de das Informationsangebot über Abgeordnete und parlamentarische Vorgänge bei insgesamt erheblich geringerem Aufwand auf einem noch aktuelleren Niveau halten. Weiterhin bestünde in Analogie zu den bereits bestehenden Medienpartnerschaften die Möglichkeit, durch eine direkte Verlinkung von den Seiten der Parlamente auf abgeordnetenwatch.de die Besucherzahlen zu erhöhen. Theoretisch denkbar wäre auch die direkte Integration von Eingabefenstern oder anderer Funktionen (z. B. Suche nach Abgeordneten) auf den Seiten der Parlamente, die eine bruchlose Weiterleitung der Nutzer zu abgeordnetenwatch.de ermöglichen.



ABGEORDNETENWATCH.DE IM VERGLEICH MIT ANDEREN ANGEBOTEN

2.

ABGEORDNETENWATCH.DE IM RAHMEN DER E-DEMOKRATIE 2.1

Als Angebot, das explizit auf die Veränderung der politischen Kommunikation abzielt, ist abgeordnetenwatch.de dem Bereich der politischen Nutzung des Internets zuzuordnen, für den sich in der Forschung der Begriff »E-Demokratie« etabliert hat (Ewert et al. 2003). Dieser Begriff fasst eine Reihe von Angeboten und Nutzungsarten zusammen, denen der Bezug auf demokratische Prozesse gemeinsam ist. Er umfasst Angebote politischer Institutionen ebenso wie von zivilgesellschaftlichen Akteuren, und dabei solche, die primär auf *Information* und *Transparenz*, auf *Kommunikation* und *Dialog* oder auf *Entscheidungsfindung* und *Mobilisierung* ausgerichtet sind (Grunwald et al. 2006, S. 82 ff.).

[Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) trägt sowohl zur *Transparenz* demokratischer Prozesse bei, indem es etwa über das Abstimmungsverhalten informiert, als auch zum *Dialog* zwischen Bürgern und Politikern. Mit Blick auf den Anbieter stehen abgeordnetenwatch.de zum einen andere zivilgesellschaftliche Angebote gegenüber, zum anderen Angebote der politischen Institutionen selbst. Bei letzteren ist im Bereich *Information* und *Kommunikation* neben den vorwiegend statisch strukturierten Websites von Parteien, Parlamenten und Regierungsinstitutionen insbesondere auch an Onlineangebote zur Einreichung von Petitionen, Onlineanhörungen zur Kommentierung von Gesetzentwürfen, an Weblogs einzelner Politiker sowie an Onlinecommunities oder Videoplattformen von Parteien zu denken (Ifib/Zebalog 2008).

Der Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen soll hier anhand von drei populären Vergleichsprojekten aus den USA, aus Großbritannien und Deutschland genauer betrachtet werden, die ebenfalls *Transparenzförderung* mit einem *Dialogangebot* verbinden. Diese Projekte werden anhand der bereits für die Charakterisierung von abgeordnetenwatch.de verwendeten vier Kriterien der Kommunikatoren, der Inhalte, der Empfänger und des Mediums verglichen (auch hier kann über die Effekte noch nichts ausgesagt werden). Dabei handelt es sich aus den USA um »Project Votesmart«, aus Großbritannien um mehrere Projekte der Organisation »MySociety.org« sowie aus Deutschland um das Projekt »DirektZu«.¹³

13 Weitere zivilgesellschaftliche Projekte zur *Transparenzförderung* sind in Deutschland etwa das Weblog des Vereins Lobbycontrol (www.lobbycontrol.de/blog), die Website zu den Nebeneinkünften der Abgeordneten (www.nebeneinkuenfte-bundestag.de) sowie eine unabhängige Website zu den öffentlichen Petitionen des Deutschen Bundestages (www.demokratieonline.de).

VERGLEICH AUSGEWÄHLTER PROJEKTE VON ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN INITIATIVEN

2.2

PROJECT VOTESMART (USA, WWW.VOTESMART.ORG)

Project Votesmart (PVS) ist das einzige Projekt, das von den Initiatoren von abgeordnetenwatch.de als Vorbild genannt wurde. In der Tat fallen einige Parallelen ins Auge. Das Projekt wurde 1992 von z. T. hochrangigen Politikern (darunter der Kandidat der Republikaner für die US-Präsidentschaftswahl 2008, John McCain) als strikt unabhängiges Wählerinformationssystem gegründet (Selbstcharakterisierung als »Selbstverteidigungssystem der Wähler«). Es besteht im Kern aus der Sammlung von Informationen über Abgeordnete und Kandidaten auf bundesstaatlicher und nationaler Ebene. Ziel dieser Sammlung ist es, ein Gegengewicht zu der strategisch ausgerichteten Kommunikation von Politikern und Interessensorganisationen zu bilden und den Wählern eine objektivere Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Die Projektorganisation, das »Center for National Independence in Politics«, lebt vorwiegend von Spenden und der Mitarbeit von Freiwilligen bei der Sammlung und Prüfung von Informationen. Sie stellt ihre eigene Arbeit transparent dar (z. B. durch Offenlegung der Finanzierungsquellen).

Kommunikatoren: Bei PVS kommuniziert hauptsächlich die Projektorganisation mit den Abgeordneten bzw. Kandidaten und den Bürgern, es findet jedoch kein direkter Kontakt zwischen letzteren statt. Entsprechend sind die Bürger auf die Rolle der Rezipienten festgelegt, die Politiker auf die Rolle von Informationslieferanten (weitere Informationslieferanten sind der US Congress sowie verschiedene Medien und Interessenorganisationen, die über Politiker berichten und diese bewerten). Die Projektorganisation entscheidet auch darüber, über welche Politiker Informationen gesammelt werden, geht dabei aber nicht selektiv vor, sondern strebt innerhalb eines Bereichs (z. B. Members of Congress) Vollständigkeit an.

Inhalte: Die angebotenen Inhalte bestehen aus Informationen über die Person des Abgeordneten bzw. Kandidaten, über sein Abstimmungsverhalten, über seine Haltung in wichtigen politischen Fragen, in Bewertungen seiner Leistung durch unterschiedliche Interessenorganisationen, in einer Dokumentation öffentlicher Stellungnahmen sowie Wahlkampfspenden. Die Projektorganisation entscheidet, welche Informationen relevant sind (z. B. bei der Auswahl der Fragen an Politiker zu ihren Positionen) und stellt diese zusammen (z. B. bei der Dokumentation des Abstimmungsverhaltens). Neben den faktischen Informationen wird ausführlich dargestellt, wie diese zusammengestellt wurden.

Empfänger: Das Angebot von PVS zielt auf die Wahlbürger als Publikum. Alle Informationen werden für die Vorbereitung ihrer Wahlentscheidung gesammelt und in einer Portalstruktur nach Personen und Kategorien aufbereitet. Die Nut-



II. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE

zung ist offen für alle Interessierten ohne Zugangsbeschränkung, eine direkte Mitwirkung der Bürger wird jedoch nicht zugelassen.

Medium: Die Kommunikation bei PVS entspricht der massenmedialen Kommunikation der Printmedien. Eine zentrale Instanz sammelt Informationen in Textform und verbreitet diese an ein unbekanntes Publikum. Das Internet wird als Distributionskanal genutzt, nicht aber als interaktives Medium. In zeitlicher Hinsicht besteht eine nicht näher bekannte Verzögerung vergleichbar der Presseberichterstattung.

PROJEKTE VON MYSOCIETY.ORG (GROSSBRITANNIEN, WRITETOTHEM.COM, HEARFROMYOURMP.COM, THEYWORKFORYOU.COM)

MySociety.org (MSO) betreibt seit ihrer Gründung im Jahr 2003 eine ganze Reihe von Projekten mit dem Ziel, die Möglichkeiten des Internets in den Dienst der Verbesserung des gemeinschaftlichen und politischen Lebens zu stellen (www.mysociety.org/faq; Stand: 1.7.2009). Ähnlich wie abgeordnetenwatch.de wird die gemeinnützige Organisation von sowohl technologisch als auch politisch interessierten Personen geführt. In Bezug auf die Art der Umsetzung der Projekte grenzen sich die Initiatoren von abgeordnetenwatch.de jedoch explizit von MSO ab, da sie die Benutzerfreundlichkeit der Websites für verbesserungswürdig halten.

Im Folgenden werden drei Projekte gemeinsam beschrieben, die unterschiedliche Funktionen in Bezug auf das britische Parlament und weitere Institutionen der Legislative auf anderen staatlichen Ebenen erfüllen: TheyWorkForYou.com (seit 2004), WriteToThem.com und HearFromYourMP.com (seit 2005). Diese drei verbundenen Angebote liefern zum einen Informationen über die Abgeordneten, über Debatten sowie zu Anfragen an die und Stellungnahmen der Regierung. Die meisten der Daten basieren auf den öffentlich zugänglichen Protokollen des Parlaments (»Hansard«), die von MSO – rein computerbasiert – auf die angebotenen Informationen hin ausgewertet werden.

Zum anderen erlauben es die Angebote, die Repräsentanten des eigenen Wahlkreises anzuschreiben und einer Gruppe von Interessierten beizutreten, die an Stellungnahmen des eigenen Repräsentanten interessiert ist und über diese informiert wird. Diese Funktionen sind zwar auf drei Websites verteilt, durch Links zwischen den Angeboten wird der Nutzer aber auf die jeweils anderen Funktionen in Bezug auf einen Abgeordneten aufmerksam gemacht.

Kommunikatoren: Bei MSO kommen Bürger, Abgeordnete sowie die Projektorganisation selbst in unterschiedlichen Rollen zu Wort. Wesentlicher Bestandteil der angebotenen Informationen sind die Aussagen und Handlungen der Abgeordneten. Diese Informationen werden von MSO zum Zweck der Transparenzsteigerung zusammengetragen und veröffentlicht, wobei die Organisation auf-

grund des hohen Automatisierungsgrads der Aufbereitung und des Anspruchs auf Vollständigkeit eine neutrale Mittlerrolle einnimmt. Des Weiteren können die Abgeordneten individuell (und nichtöffentlich) auf die Anfragen von Bürgern reagieren und die Interessenten aus ihrem Wahlkreis mit Botschaften bedienen. Nur in letzterem Fall können sie selbst aktiv Themen setzen.

Die Bürger können nur durch individuelle und nichtöffentliche Anfragen eigene Themen ansprechen, sie sind ansonsten auf die Rezeption des Geschehens im Parlament und der auf den Wahlkreis bezogenen Botschaften festgelegt. Allerdings können sie durch Kommentare zu den Verhandlungen im Parlament sowie den Wahlkreisbotschaften Ergänzungen und eigene Meinungen beisteuern. Auch dabei nimmt die Projektorganisation eine passive Rolle ein. Inhalte werden prinzipiell nicht kontrolliert, nur im Fall von Hinweisen der Nutzer auf Missbrauch und Verstöße gegen die Verhaltensregeln greifen die Moderatoren der Seite aktiv ein.

MSO nutzt allerdings ihre Mittlerposition zur Kontrolle sowohl der Bürger als auch der Abgeordneten. Erstere müssen ihren Wohnort angeben und eine funktionierende E-Mail-Adresse nachweisen, letztere müssen sich Statistiken über ihre Reaktionsfreudigkeit auf die Bürgeranfragen vorhalten lassen, über die MSO öffentlich Buch führt.

Inhalte: Die Inhalte des Angebots bestehen in Informationen

- > über die Abgeordneten (zu Abstimmungsverhalten, Arbeitsgebieten, Reden im Parlament, Budget des Büros, außerdem biografische Informationen sowie eine statistische Auswertung des Abstimmungsverhaltens im Parlament),
- > über Debatten sowie zu Anfragen an die und Stellungnahmen der Regierung (die jeweils durch die Nutzer kommentiert werden können),
- > über Stellungnahmen der Repräsentanten gegenüber den Interessierten aus ihrem Wahlkreis,
- > sowie in Statistiken zum Antwortverhalten der Abgeordneten auf die Anfragen der Bürger.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Informationsvermittlung, die Kommunikationsfunktion stellt eine Ergänzung dar. Die Bürger sind dabei weitgehend frei in ihren Anfragen, sie müssen sich zwar an bestimmte Verhaltensregeln halten, deren Einhaltung wird aber nur nachträglich im Fall entsprechender Hinweise von Seiten der Nutzer kontrolliert. Eine Beschränkung besteht allerdings darin, dass sie sich ausschließlich an den Repräsentanten ihres Wahlkreises richten dürfen. Die Abgeordneten sind in ihren Stellungnahmen ebenfalls völlig frei, allerdings von der Initiative der Bürger abhängig, die ihnen Fragen stellen oder ihr Interesse an Informationen bekunden müssen, bevor der Abgeordnete aktiv werden kann.

Empfänger: Das Angebot versteht sich explizit als Erleichterung, dem parlamentarischen Geschehen zu folgen, und richtet sich damit an interessierte Bürger

ebenso wie an Journalisten. Auch die Abgeordneten bzw. ihre Mitarbeiter werden direkt angesprochen und auf die Vorteile des Angebots für ihre Arbeit hingewiesen. Die Nutzung der Seite für Informationszwecke steht allen Interessierten offen, die aktive Kommunikation ist auf den jeweils eigenen Wahlkreis beschränkt.

Medium: Die Kommunikation weicht von der massenmedialen insofern ab, als sie primär auf die automatische Informationsverarbeitung nach vorgegebenen Kategorien ausgerichtet ist. Auf diese Weise erlaubt das Angebot einen zielgenauen Zugriff auf einzelne Informationen, bereitet diese jedoch nicht in spezifischer Weise auf, sondern präsentiert sie im »Rohzustand«. Die Informations- und die Kommunikationsfunktion sind voneinander getrennt. Letztere lässt sich am ehesten mit der Medienkonstellation von Weblogs vergleichen – ein Kommunikator verbreitet seine Botschaften an einen Kreis interessierter Leser, die diese ihrerseits öffentlich kommentieren, oder aber sich privat per E-Mail an ihn wenden können. Überwacht wird der Dienst durch den Anbieter, der die Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stellt und in Konfliktfällen eingreift. Auch das Angebot von MSO ist weitestgehend textbasiert.

PROJEKT DIREKTZU (DEUTSCHLAND, WWW.DIREKTZU.DE)

Den Auslöser für das Projekt DirektZu (DRZ) bildete der Videocast der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Eine Gruppe von Studierenden verschiedener Universitäten störte sich am fehlenden Rückkanal und entwickelte im Herbst 2006 eine Plattform, auf der Bürger Fragen an die Kanzlerin stellen können, die nach einem nutzerbasierten Selektionsverfahren weitergeleitet und öffentlich beantwortet werden sollen. Nachdem die Bundeskanzlerin einwilligte, sich an dem Verfahren zu beteiligen und wöchentlich drei Fragen zu beantworten, wurde das Angebot auch auf andere Politiker ausgedehnt (Stand Mai 2008: Bundestagspräsident Norbert Lammert, die Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und Christian Wulff sowie der Berliner Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Harald Wolf). Aktuell wird das Verfahren auch außerhalb der Politik vermarktet. Organisatorisch wurde aus der studentischen Initiative inzwischen eine GmbH. Als Betreiber des Angebots stellt diese sich als parteiunabhängig und neutral dar, veröffentlicht auf der Plattform jedoch keine näheren Informationen über ihre Finanzierung oder ihr Geschäftsmodell.

Kommunikatoren: Die Rollenverteilung der Plattform ist asymmetrisch und fest: Bürger können Fragen stellen und diese bewerten. Sie müssen sich dazu auf der Plattform mit Namen und E-Mail registrieren, weiter gehende Angaben sind nicht nötig. Jede Plattform bezieht sich dabei auf einen Politiker. Dieser kann auf die an ihn weitergeleiteten Fragen antworten, wobei in der Praxis diese Aufgabe (außer im Fall von Christian Wulff und Harald Wolf, die ihre Antworten selbst unterzeichnen) durch die Presseabteilungen übernommen wird. Nach welchen Kriterien Politiker durch DRZ in das Angebot aufgenommen werden, ist nicht



ersichtlich. Die bisher eingebundenen Politiker haben sämtlich Spitzenfunktionen inne, in den USA sollen alle Präsidentschaftskandidaten einbezogen werden. Die Projektorganisation tritt selbst nicht als Kommunikator auf, da die Auswahl von Beiträgen einem transparenten Abstimmungsverfahren durch die Nutzer unterliegt und eine Moderation von Beiträgen nur nach entsprechenden Hinweisen auf Verstöße gegen die Nutzungsbedingungen erfolgt.

Inhalte: Die Inhalte sind durch die Kommunikationsrollen der Bürger und Politiker strikt festgelegt. Die Nutzungsbedingungen grenzen die Art der Bürgerbeiträge auf konkrete Fragen und einen respektvollen, sachlichen Stil ein. Massenmails sind – wie bei abgeordnetenwatch.de – ebenso ausgeschlossen wie offene Briefe oder kommerzielle Werbung. Bei der Formulierung von Fragen geben die Anbieter bereits bestimmte Höflichkeitsformeln sowie eine grobe Gliederung vor – der Nutzer kann diese Vorgaben allerdings löschen. Eine weitere Beitragsmöglichkeit besteht in den Bewertungen der Beiträge anderer Nutzer, die allerdings rein quantitativ erfolgt. Die Möglichkeit, Beiträge auch zu kommentieren, wird in den Nutzungsbedingungen zwar erwähnt, wird aber durch die Plattform de facto nicht angeboten. Eine Bewertung oder Kommentierung der Antworten der Politiker ist nicht möglich.

Empfänger: Die Kommunikation richtet sich zum einen direkt an den jeweiligen Adressaten, also die Politiker bzw. Fragesteller, zum anderen aber auch an die registrierten Nutzer der Plattform, die sich an der Bewertung beteiligen und an das anonyme Publikum, das allen Aktivitäten auf der Plattform folgen kann.

Medium: Bei DRZ spielt die Vermittlung der Kommunikation eine wichtige Rolle, allerdings steht hier weniger die Projektorganisation selbst als vielmehr das von dieser etablierte Verfahren der Selektion von Beiträgen im Vordergrund. Die Fragesteller können nicht sicher sein, dass ihre Frage den Adressaten überhaupt erreicht, da in jeder Woche nur diejenigen drei Fragen weitergeleitet werden, die von den andern Nutzern die höchste Bewertung erhielten. Auch in Bezug auf die Kontrolle der Inhalte hält sich die Organisation im Hintergrund, da sie nur nach Hinweisen auf missbräuchliche Verwendung erfolgt. Die Kommunikation ist asynchron, da für Bewertungs- und Antwortphase einige Zeit vergeht. Eine Interaktion ist nicht vorgesehen, eventuelle Rückfragen müssen sich erneut dem Bewertungsverfahren aussetzen. Außer Textbeiträgen sind auch Audio- und Videobeiträge möglich, die Plattform unterstützt den Nutzer bei der Aufzeichnung durch entsprechende Funktionen der Software (davon wird allerdings selten Gebrauch gemacht).

VERGLEICH DER PROJEKTE

Die Analyse der Projekte im Vergleich zu abgeordnetenwatch.de ergibt im Detail deutliche Unterschiede zwischen den Angeboten, obwohl diese innerhalb der E-Demokratie-Landschaft insgesamt sehr ähnliche Positionen einnehmen. Diese

Unterschiede beziehen sich auf die Projektorganisation, die das Angebot betreibt, auf die politischen Prozesse, die unterstützt werden, und auf das Verständnis des Verhältnisses von Bürger und Abgeordneten.

Projektorganisation: Abgesehen von DirektZu werden alle Angebote nicht kommerziell mit einer gemeinnützigen Ausrichtung betrieben. Die Organisationen finanzieren sich vor allem durch Spenden oder projektgebundene Förderung. Sie beschäftigen zwar professionelle Kräfte, werben aber auch aktiv freiwillige Helfer an. Im Fall von DirektZu ist die Ausrichtung nicht erkennbar und wird auch nicht offen kommuniziert.

Das Selbstverständnis der Organisationen ähnelt sich dagegen. Alle treten als unabhängige Beobachter auf, die den Bürgern helfen, die Tätigkeit der Politiker zu kontrollieren – oder dies selbst tun, wie im Fall von Project Votesmart. Letztere ist am ehesten von den vier Beispielen mit einer Medienorganisation vergleichbar, da sie eine eigenständige Rolle in der politischen Kommunikation anstrebt. Auch abgeordnetenwatch.de tritt in einer aktiven Rolle auf, allerdings nicht in der Darstellung von Politik, sondern in der Vermittlung zwischen Bürgern und Abgeordneten als aktiver Moderator des Dialogs. MySociety.org und DirektZu haben dagegen eher passive Rollen, da sie sich stärker als die anderen auf technische Mittel verlassen und menschliche Eingriffe nur in Konfliktfällen vorsehen. Für alle vier Angebote gilt außerdem, dass sie sich als neutrale Dokumentatoren der Politik verstehen.

Ausrichtung auf den politischen Prozess: In Bezug auf die durch das Angebot unterstützten politischen Prozesse lassen sich zwei Gruppen ausmachen: auf der einen Seite Project Votesmart und MySociety.org, deren Schwerpunkt auf der Verbreitung von Informationen über Politiker liegt, auf der anderen Seite abgeordnetenwatch.de und DirektZu, deren Schwerpunkt auf der Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern liegt.

Verhältnis Bürger–Abgeordneter: Weitere Unterschiede zwischen den Angeboten bestehen in dem jeweils implizit unterstellten und durch die Angebote geförderten Verhältnis zwischen Bürgern und Abgeordneten. Project Votesmart entspricht dabei am stärksten dem liberalen Demokratiemodell, in dem der Bürger vor allem durch den Wahlakt an der Politik teilhat und Einfluss ausübt. Für diesen Wahlakt werden ihm die nötigen Informationen bereitgestellt, eine über das Informieren hinausgehende Mitwirkung wird nicht gefördert. MySociety.org, DirektZu und abgeordnetenwatch.de unterscheiden sich davon schon durch ihre kontinuierliche Begleitung des politischen Prozesses innerhalb der Legislaturperiode. Die Bürger werden durch enge Zyklen (DirektZu) bzw. mehrere tägliche Updates (MySociety.org, abgeordnetenwatch.de) auf dem Laufenden gehalten. Während MySociety.org dem Modell von Abgeordneten als Repräsentanten folgt (und Interaktionsmöglichkeiten auf die jeweiligen Wahlkreisbürger beschränkt), stehen sich bei

abgeordnetenwatch.de und DirektZu Bürger und Abgeordnete als Kommunikationspartner gegenüber, allerdings in unterschiedlichen Rollen als Fragesteller bzw. Auskunftgeber. Während abgeordnetenwatch.de dabei bewusst *alle* Abgeordneten des Bundestages einbezieht (siehe dazu Kap. II.1.3), beschränkt sich DirektZu auf hochrangige und prominente Funktionsträger.

NUTZUNGSHÄUFIGKEIT

3.

ANALYSE DER ZUGRIFFSZAHLEN

3.1

Die Frage der Nutzungshäufigkeit stellt sich zunächst einmal quantitativ und auf die gesamte Plattform bezogen als die der Häufigkeit von Zugriffen. Diese lassen sich differenzieren in zeitlicher Hinsicht, um zu erfahren, wie sich die Nutzung entwickelt, sowie in Hinblick auf die Bereiche der Plattform, die jeweils nachgefragt wurden. Die folgenden Daten beruhen auf Analysen der Logfiles, die durch abgeordnetenwatch.de auf Basis der vom Server gespeicherten Daten speziell für die vorliegende Untersuchung durchgeführt wurden. Sie beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf das Jahr 2007¹⁴ und den Bereich für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Angegeben sind jeweils die »page impressions«, also einzelne Seitenabrufe vom Server, sowie die »unique visits«, also zeitlich zusammenhängende Abrufe mehrerer Seiten, die sich einer IP-Adresse (also einem Nutzer) zuordnen lassen.

Nach Abbildung 3 ist ein fast kontinuierlicher Anstieg der Nutzung über das Jahr zu verzeichnen. Die »page impressions« haben sich innerhalb von etwa 6,5 Monaten, die »unique visits« von acht Monaten verdoppelt. Eine Bewertung der absoluten Zahlen ist dabei nicht möglich, da sich nur bei strikter Kontrolle der Messung die Zugriffsdaten von Logfiles unterschiedlicher Angebote vergleichen lassen.¹⁵ Allerdings kann zur Einordnung die Zahl der »page impressions« für das Gesamtangebot von abgeordnetenwatch.de herangezogen werden. Laut Auskunft der Organisation betrug die Zahl der »page impressions« im Jahr 2007 »über 18 Mio.«,¹⁶ die Gesamtzahl der »page impressions«, die allein auf das Angebot für den Bundestag entfielen, lag bei 6,7 Mio.¹⁷

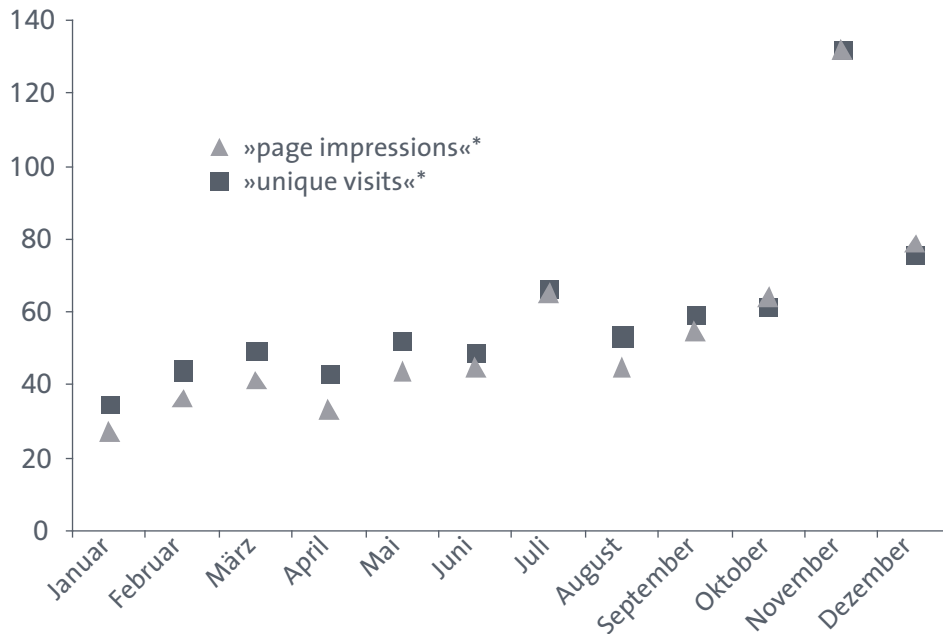
14 Anzumerken ist, dass die Zählung aus technischen Gründen erst am 11.1.2007 begonnen werden konnte.

15 Eine solche Kontrolle wird etwa von der IVW für Onlinemedien angeboten, von abgeordnetenwatch.de allerdings nicht genutzt.

16 Rundbrief 7/07 vom 21.12.2007 (www.abgeordnetenwatch.de/pm_21_12_2007-799-26.html; Stand: 12.4.2008)

17 Dabei werden Zugriffe auf die Startseite des Angebots nur dem Gesamtangebot zugerechnet, auch wenn der Benutzer sich anschließend zu den Seiten zum Deutschen Bundestag weiterklickt.

ABB. 3 NUTZERZUGRIFFE AUF ABGEORDNETENWATCH.DE IM ZEITLICHEN VERLAUF FÜR DAS JAHR 2007



* Angaben zu »page impressions« in 10.000, zu »unique visits« in 1.000

Quelle: abgeordnetenwatch.de

Abgesehen von dem generellen Trend einer Steigerung der Zugriffszahlen zeigt die Grafik im Juli und November zwei Ausreißer nach oben. Wie lassen sich diese erklären? Im Juli ist das parlamentarische Geschehen vor allem durch die Sommerpause gekennzeichnet. Allerdings fiel am 4. Juli 2007 eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Nebeneinkünfte der Abgeordneten gemäß Abgeordnetengesetz veröffentlicht werden müssen. Viele Medienberichte verwiesen in diesem Zusammenhang auch auf abgeordnetenwatch.de, wo die Angaben unter den Profilen der Abgeordneten eingesehen werden können.

Auch der Ausreißer im November lässt sich durch Verweise in den Medien erklären. In diesem Fall dürfte allerdings ein einziges Ereignis verantwortlich sein, nämlich der Auftritt von Gregor Hackmack in der ARD-Talkshow von Anne Will am 11. November 2007.

Betrachtet man die Nachfrage nach den unterschiedlichen Bereichen des Angebots, werden am häufigsten die Profileseiten der Abgeordneten abgerufen. Auf diesen finden sich neben den Informationen zur Person (und den Nebentätigkeiten) auch das Verhalten bei den letzten drei dokumentierten Abstimmungen sowie insbesondere die Fragen der Bürger und die Antworten des jeweiligen Abgeordneten. Deutlich seltener (das Verhältnis der »page impressions« der Wahl-

kreisseiten zu denen der Profilsseiten der Abgeordneten liegt bei 1 zu 3) werden die Übersichtsseiten zu den Wahlkreisen abgerufen, die zu den Profilen der Abgeordneten weiterleiten. Die Seiten mit Informationen zu den Abstimmungen und zu den Ausschüssen des Bundestages werden wiederum deutlich seltener abgerufen, obwohl diese Funktionen die ursprüngliche Idee des Angebots verkörpern.

Allerdings kann der Vergleich der Seitenabrufe der unterschiedlichen Bereiche von abgeordnetenwatch.de nur Tendenzen der Nutzungsschwerpunkte ausdrücken. Denn es ist zu berücksichtigen, dass deutlich mehr Profilsseiten von Abgeordneten existieren als Seiten zu Abstimmungen oder Ausschüssen, und insofern die Wahrscheinlichkeit, die Seiten der Abgeordneten aufzurufen, von vornherein größer ist.

ERGEBNISSE EINER NUTZERBEFRAGUNG DURCH ABGEORDNETENWATCH.DE

3.2

In einem zweiten Schritt ist danach zu fragen, wer die Nutzer sind, die in den Logfiles nur in Form von IP-Adressen sichtbar werden. Dazu lässt sich auf die Ergebnisse einer Nutzerbefragung zurückgreifen, die abgeordnetenwatch.de zwischen dem 30. Mai und dem 12. Juni 2007 über ein Onlineformular auf der Startseite durchführte und an der sich 1.037 Nutzer beteiligten.¹⁸ Mit der Befragung wurden aufgrund der Verankerung auf der Startseite sowohl Nutzer des Angebots zum Bundestag als auch des Angebots zur Hamburgischen Bürgerschaft angesprochen. Da es sich um eine selbstselektive Befragung über einen begrenzten Zeitraum handelt, kann von Repräsentativität im strengen Sinn nicht ausgegangen werden.

Soziodemografie: Bei der Frage nach dem Geschlecht zeigt sich eine deutliche Dominanz männlicher (81 %) gegenüber weiblichen Nutzern (19 %), die in Kontrast steht zu der Angleichung der Geschlechter bei der Internetnutzung allgemein (Tab. 1; ergänzend Oehmichen/Schröter 2007, S. 408).

Der Altersdurchschnitt liegt laut Befragung bei etwa 40 Jahren. Die Altersverteilung (Tab. 1) entspricht weitgehend derjenigen der deutschen Onlinenutzer im Jahr 2007, allerdings ergeben sich Abweichungen bei den ganz jungen Nutzern,

18 Dabei wurde bei jedem fünften Nutzer das Formular eingeblendet, sobald er einen Klick auf der Plattform durchführte. Die mehrmalige Beantwortung des Fragebogens durch dieselbe Person wurde durch Verwendung von Cookies verhindert. Die Ergebnisse der Befragung wurden von abgeordnetenwatch.de zur Verfügung gestellt. Informationen über die Zahl der Nutzer, die sich nicht an der Umfrage beteiligten, stehen nicht zur Verfügung.

^
 > II. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE
 v

die auf abgeordnetenwatch.de deutlich unterrepräsentiert sind, und bei den 20- bis 29-Jährigen, die überrepräsentiert sind.

TAB. 1 ERGEBNISSE DER NUTZERBEFRAGUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE IM VERGLEICH ZU SOZIODEMOGRAFISCHEN DATEN DEUTSCHER INTERNETNUTZER NACH DER ARD/ZDF-ONLINESTUDIE

	Nutzerbefragung abgeordnetenwatch.de (n = 1.037, nichtrepräsentativ)	deutsche Internetnutzer lt. ARD/ZDF-Studie 2007 (n = 1.142, repräsentativ)
<i>Geschlecht</i>	(k.A.: 48)	
männlich	80,9	53
weiblich	19,1	47
<i>Alter</i>	(k.A.: 48)	
bis 19 Jahre	6,2	12
20-29 Jahre	25,0	18
30-39 Jahre	18,9	21
40-49 Jahre	22,4	21
50-59 Jahre	14,2	15
60 und mehr Jahre	13,3	12
<i>Bildung</i>	(k.A.: 52)	
Hauptschulabschluss	5,3	31
weiterführende Schule	25,7	40
Abitur	25,9	14
Hochschulabschluss	43,1	15

Angaben jeweils in %, Abweichungen von 100% sind aufgrund von Rundungen möglich. Für die Befragung von abgeordnetenwatch.de ist jeweils die Zahl der verweigerten Antworten angegeben (»keine Angabe«), bei der Kategorie »Bildung« gaben außerdem 31 Befragte an, keinen Schulabschluss zu haben. Die ARD/ZDF-Studie wurde im Frühjahr 2007 durchgeführt, repräsentativ ausgewählt und telefonisch befragt wurden insgesamt 1.822 Deutsche ab 14 Jahren.

Quelle: Oehmichen/Schröter 2007

In Bezug auf die Bildung zeigt sich folgende Struktur der Nutzer: 3,1% haben keinen Bildungsabschluss, 5,1% Hauptschulabschluss, 24,9% den Abschluss einer weiterführenden Schule ohne Abitur, 25,1% Abitur, 41,8% einen Hochschulabschluss. Gerade die letzte Kategorie ist damit auch im Vergleich zu den Internetnutzern insgesamt (Tab. 1) deutlich überrepräsentiert, ebenso die Abiturienten, wohingegen die niedrigeren Bildungsabschlüsse und insbesondere der Hauptschulabschluss deutlich unterrepräsentiert sind.

Politische Partizipation und Kommunikation: Ein weiterer in der Befragung abgedeckter Bereich ist das politische Informations- und Partizipationsverhalten der Nutzer. In Bezug auf die genutzten Hauptinformationsquellen wurden Nachrichtenseiten im Internet am häufigsten genannt (75 %), noch vor den Fernsehnachrichten (60 %), die fast gleichauf mit den Tageszeitungen (58 %) liegen. Es folgen der Hörfunk (35 %) und Nachrichtenmagazine (30 %). Immerhin fast 14 % geben an, Weblogs (neben anderen) als Hauptinformationsquelle zu nutzen (Tab. A-1 im Anhang, Kap. V.2).

Die Befragten nutzen vielfach auch Möglichkeiten der politischen Partizipation außerhalb des Internets. Auf die Frage nach den genutzten Partizipationsformen wurde die regelmäßige Teilnahme an Wahlen am häufigsten genannt (91 %), gefolgt von der Teilnahme an politischen Veranstaltungen (52 %) und an Demonstrationen (46 %). 24 % der Befragten gaben an, Mitglied einer Partei zu sein, was deutlich mehr sind als die 2,5 % im Bevölkerungsschnitt (Statistisches Bundesamt 2006, S.642). Auch die Angaben, selbst Kandidat (13 %) bzw. Mandatsträger (7 %) zu sein, erscheinen vergleichsweise hoch, auch wenn hierzu keine Vergleichsdaten zur Verfügung stehen (Tab. A-1 im Anhang, Kap. V.2).

Nutzung des Angebots: Die Frage zur Häufigkeit der Nutzung des Angebots zeigt zunächst einen sehr hohen Anteil von erstmaligen Besuchern (45 %). Weitere 32 % der Befragten besuchen die Plattform höchstens einmal im Monat, 7 % geben eine Nutzung vorwiegend am Wochenende an. Von den übrigen knapp 17 %, die das Angebot mindestens einmal an Werktagen nutzen, geben 2 % an, täglich auf die Plattform zu schauen (Tab. A-1 im Anhang, Kap. V.2).

Eine zweite Frage zur Nutzungshäufigkeit war auf die Zahl der bereits gestellten Fragen gerichtet. Hier gaben 73 % der Befragten an, noch gar keine Frage gestellt zu haben. In Anbetracht der hohen Zahl von erstmaligen Nutzern des Angebots ist davon auszugehen, dass der Anteil der aktiven gegenüber den passiven Nutzern höher liegt als die 27 %, die laut Befragung bereits einmal eine Frage gestellt haben.¹⁹ Vergleicht man diesen Wert mit entsprechenden Ergebnissen zur Nutzung von Web-2.0-Angeboten (Gscheidle/Fisch 2007), dann ist nur bei Fotogalerien das Verhältnis von aktiven zu passiven Nutzern stärker zugunsten der aktiven Nutzer ausgeprägt. Die höchsten Anteile der aktiven Nutzer finden sich in der Gruppe derjenigen, die bereits zwei bis fünf Fragen (12 %) bzw. eine Frage gestellt haben (11 %). Stärkere Aktivitäten mit fünf bis zehn Fragen bzw. mehr als zehn Fragen entfalten jeweils 2 % der Befragten (Tab. A-1 im Anhang, Kap. V.2).

¹⁹ Allerdings ist bei dieser Frage auch die Zahl der Antworten »keine Angabe« mit 215 besonders hoch.

Soziodemografie im Verhältnis zur Nutzung: Zur genaueren Untersuchung der Merkmale der aktiven Nutzer wurden die Angaben zur Soziodemografie mit den Angaben zur Nutzung kreuztabelliert. Dazu wurden zwei Gruppen mit aktiven und weniger aktiven Nutzern gebildet, und zwar einmal nach der Anzahl der Fragen, die sie gestellt haben (keine Fragen bzw. mindestens eine Frage), zum anderen nach der Häufigkeit der Nutzung (seltener als wöchentlich bzw. mindestens einmal pro Woche). Für diese Gruppen wurden jeweils die soziodemografischen Merkmale untersucht und statistisch überprüft, ob die feststellbaren Unterschiede signifikant sind (Tab. A-2 im Anhang, Kap. V.2).

In Bezug auf das Geschlecht der Nutzer zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen aktiven und weniger aktiven Nutzern – in beiden Fällen liegt das Verhältnis Männer–Frauen bei mindestens 80 zu 20. Es zeigt sich eine Tendenz zu einer extremeren Ausprägung des Geschlechterunterschieds bei den aktiven Nutzern. Allerdings zeigt die statistische Überprüfung, dass die Unterschiede zwischen aktiven und weniger aktiven Nutzern nicht signifikant sind.

In Bezug auf das Alter der Nutzer erweisen sich die aktiven Nutzer als durchschnittlich deutlich älter als die weniger aktiven. Der Altersunterschied liegt hier im Durchschnitt bei 2,9 bzw. sogar 7,5 Jahren (Anzahl der gestellten Fragen) und erweist sich als statistisch hoch signifikant.

Interessant sind die Ergebnisse zu den Bildungsunterschieden. Hier sind Personen mit Hauptschulabschluss oder dem Abschluss einer weiterführenden Schule (ohne Abitur) anteilig stärker in der Gruppe der aktiven Nutzer vertreten. Dagegen sind Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss anteilig stärker in der Gruppe der weniger aktiven Nutzer vertreten – wobei die Unterschiede insgesamt gering ausfallen, der Zusammenhang jedoch für beide untersuchten Aspekte statistisch signifikant ist.

Fazit: Die Ergebnisse der Nutzerbefragungen ergeben zwei interessante Befunde. Zum einen erscheinen diejenigen soziodemografischen Besonderheiten, die für Internetnutzer generell gelten, im Fall der Nutzer noch stärker ausgeprägt. Hier ist insbesondere der Geschlechtsunterschied zwischen Männern und Frauen besonders auffällig, aber auch der hohe Anteil von Personen mit Hochschulabschluss. Dieses soziodemografische Profil der Nutzer deckt sich mit den Ergebnissen anderer Forschungen zur Bürgerbeteiligung über das Internet (Albrecht 2006, Ifib/Zebalog 2008). Während die Ergebnisse zum politischen Informations- und Partizipationsverhalten erwartungsgemäß ausfallen, ist in Bezug auf die Unterschiede zwischen aktiven und weniger aktiven Nutzern überraschend, dass hohe Bildung nicht mit stärkerer, sondern mit geringerer Nutzungsaktivität verbunden ist. Offenbar wirkt sich der Einfluss von Bildung, nachdem erst einmal der Schritt zur Plattform getan ist, nicht mehr in der Weise aus, wie das für die Internetnutzung, aber auch die politische Partizipation allgemein beobachtet

wurde (vgl. das sogenannte Standardmodell der Partizipation, das Bildung einen hohen Determinationscharakter zuweist; Verba et al. 1995).²⁰ Bei all diesen Interpretationen ist jedoch zu bedenken, dass die Repräsentativität der Stichprobe nicht gewährt ist und Schlüsse auf die Gesamtheit der Nutzer daher nicht zulässig sind. Die Ergebnisse können jedoch als Tendenzen gewertet werden, die Anlass zu genauerer Überprüfung geben können.

AUSWERTUNG DER AKTIVITÄTEN AUF DER PLATTFORM

3.3

Eine weitere interessante Frage zur Nutzung der Plattform ist, was die Nutzer im Einzelnen auf der Plattform tun und wie sie dort kommunizieren. Dazu wurden von abgeordnetenwatch.de Daten zu den Aktivitäten auf der Plattform bereitgestellt, die im Folgenden analysiert werden. Auch bei dieser Analyse beziehen sich die Daten, soweit nicht anders angegeben, nur auf die Seiten zum Deutschen Bundestag und auf das Jahr 2007.

ÜBERBLICK

Im Jahr 2007 wurden auf abgeordnetenwatch.de insgesamt 11.200 Fragen von 6.217 Bürgern veröffentlicht. Die meisten Fragen richteten sich an die SPD (42 %), gefolgt von der CDU/CSU (36 %), dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (8 %) sowie der FDP und DER LINKEN (je 7 %, Tab. 2). Außerdem registrierte die Plattform 8.608 weitere Fragen, die nicht veröffentlicht wurden. Dabei handelt es sich jedoch nur zu einem kleinen Teil um Fragen von Bürgern, die nicht dem Moderationscodex entsprachen. Der größte Teil wurde durch Spamsoftware automatisch in die Formulare eingetragen, außerdem gehen in diese Zahl auch Massenfragen ein. Alle diese Fragen wurden von den Moderatoren der Plattform abgelehnt und nicht an Abgeordnete weitergeleitet.

Auf die Fragen der Bürger erfolgten insgesamt 8.646 Antworten (77 %) der Abgeordneten. Nicht eingerechnet sind dabei sogenannte Standardantworten, das sind die stets gleichen Antworten, mit denen manche Abgeordnete auszudrücken, dass sie nicht auf die über abgeordnetenwatch.de gestellten Fragen antworten. Davon zählten die Moderatoren insgesamt 976 (8 %). Auf 1.578 Fragen (14 %) erfolgte keine Antwort.

²⁰ Möglich ist allerdings, dass dieser Effekt durch Alter als verdeckte Variable, die sowohl mit Bildung als auch Nutzung zusammenhängt, bewirkt wird. Derartige multivariate Zusammenhänge wären in einer weiter gehenden Analyse zu überprüfen, die im Rahmen dieser Studie nicht unternommen werden konnte.



TAB. 2 AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE ZUR ANALYSE DER AKTIVITÄTEN NACH FRAKTIONEN

	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	B 90/GRÜNE	gesamt
Abgeordnete*	229	223	61	53	54	650
rel. Anteil Abg. (%)	36,9	36,0	9,8	8,5	8,7	99,9
Anteil Fragen (%)	36,2	42,2	6,9	6,8	7,8	99,9
Ø Fragen/Abg.	17,7	21,2	12,7	14,4	16,2	18,1
Antwortquote/Abg. (%)	58,7	74,7	86,5	78,5	84,5	71,1
Ø Empfehlungen/ Antworten/Abg.	1,8	2,2	2,4	6,2	3,3	2,5

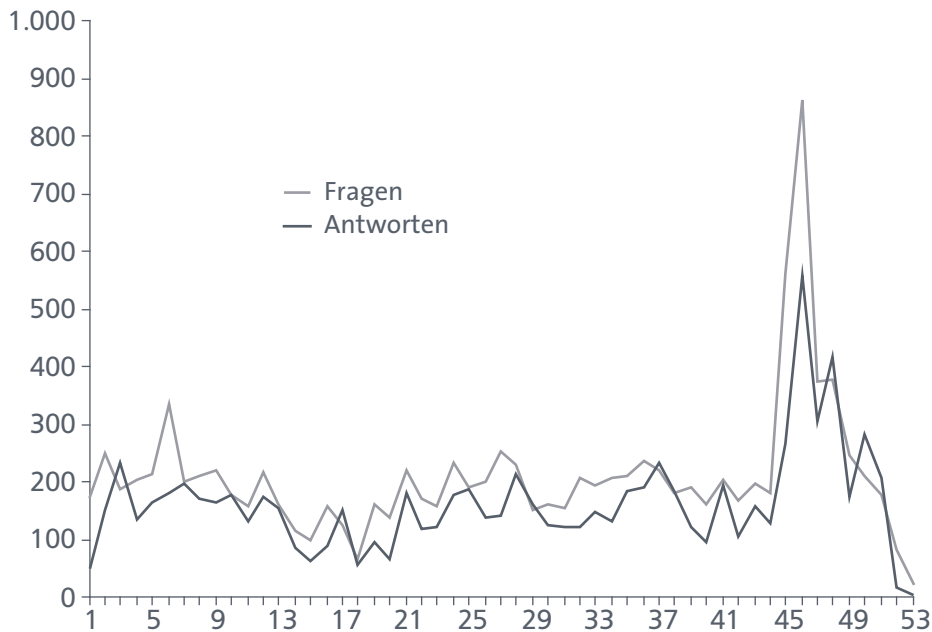
* Bei der Zahl der Abgeordneten handelt es sich um die auf der Plattform erwähnten Abgeordneten, zu denen auch bereits ausgeschiedene zählen. Zwei fraktionslose Abgeordnete wurden allerdings nicht berücksichtigt.

Quelle: eigene Auswertung auf Basis der Daten von abgeordnetenwatch.de

Der zeitliche Verlauf der Frage- und Antwortaktivität lässt sich anhand von Abbildung 4 nachvollziehen. Demnach kommunizieren die Bürger und Abgeordneten verhältnismäßig gleichmäßig (von den offensichtlichen Schwankungen abgesehen), eine Steigerung der Aktivität wie bei den Zugriffen auf die Plattform lässt sich hier nicht erkennen. Auch die Antwortquote weist zwar Schwankungen, aber keine Tendenz in die eine oder andere Richtung auf (nicht in der Grafik abgebildet). Die Kurve für die Antworten liegt auffallend dicht an der Kurve für die Fragen, was das durchgehend hohe Maß an Antwortaktivität der Parlamentarier verdeutlicht.

Bemerkenswert ist im Vergleich zu den Zugriffen, dass sich das gesteigerte Interesse im Juli 2007, das auf die Veröffentlichung der Angaben zu Nebentätigkeiten zurückgeführt wurde, nicht in einer erhöhten Frageaktivität niederschlug. Der Besucheransturm infolge des Auftritts bei Anne Will im November 2007 zog dagegen eine starke Frageaktivität nach sich. Lag die Zahl der Fragen pro Woche über das Jahr gesehen bei durchschnittlich knapp 200, so erreichte sie in den Wochen um den Auftritt herum Werte zwischen 376 und einem Spitzenwert von 865. Interessant ist, dass sich dieser Anstieg auch in der Zahl der Antworten niederschlägt und die Parlamentarier dem verstärkten Interesse offenbar durch erhöhte Aktivität ihrerseits nachkamen.

ABB. 4 ANZAHL DER VERÖFFENTLICHTEN FRAGEN UND ANTWORTEN AUF ABGEORDNETENWATCH.DE IM ZEITLICHEN VERLAUF DES JAHRES 2007 (NACH KALENDERWOCHE)



Quelle: eigene Auswertung auf Basis der Daten von abgeordnetenwatch.de

AKTIVITÄTEN NACH FRAGESTELLERN UND ABGEORDNETEN

Betrachtet man die Verteilung der Fragen über die Fragesteller, so wurden maximal 38 Fragen von einer einzelnen Person gestellt (und veröffentlicht). Die überwiegende Mehrheit der Fragesteller (4.368 Personen) stellte allerdings nur eine Frage, der Durchschnittswert liegt bei 1,8 Fragen pro Fragesteller. 26 % stellten mindestens eine Frage, die von den Moderatoren zurückgewiesen wurde.²¹ Der Spitzenwert liegt hier bei 93 zurückgewiesenen Fragen eines einzelnen Fragestellers (wobei in diesem Fall automatisierte Spamanfragen nicht gezählt wurden, wohl aber Massenfragen).

Die meisten Fragesteller richteten ihre Fragen nur an Abgeordnete eines Bundeslandes (eine Auflösung auf Wahlkreisebene war bei dieser Analyse nicht möglich). Hier gingen die proportional meisten Fragen an Abgeordnete in Berlin (17,8 Fragen pro Abgeordneten), die wenigsten an Abgeordnete in Sachsen-Anhalt (3,9 Fragen pro Abgeordneten). Betrachtet man nur die Fragesteller mit

²¹ Dabei ist zu beachten, dass bereits die nicht vollständige Nennung des Namens zur Ablehnung der Frage führen kann. Focks (2007, S. 62 f.) beobachtete in einer Befragung der Nutzer des Angebots zur Hamburgischen Bürgerschaft, dass 21 % der Fragesteller schon einmal die Zurückweisung einer Frage erlebt hatten.

mehreren Fragen, so lässt sich feststellen, dass 832 von ihnen (45 %) ihre Fragen auf Abgeordnete aus mehreren Bundesländern verteilten, sich also nicht allein auf die Repräsentanten ihres Wahlkreises beschränkten.

Die Zahl der Antworten pro Fragesteller schwankt zwischen null und einem Maximum von 31 Antworten. 697 Fragesteller (11 %) gingen ohne eine Antwort aus, die meisten von ihnen hatten eine Frage gestellt, nur drei davon hatten mehr als zwei Fragen gestellt. Die Antwortquote aus Sicht der Fragesteller betrug im Durchschnitt 85 %, mehr als 78 % der Fragesteller erhielten auf jede ihrer Fragen eine Antwort.

Entsprechend lässt sich die Zahl der Fragen und Antworten pro Abgeordneten betrachten. Die Datenbank von abgeordnetenwatch.de listet insgesamt 622 Abgeordnete, darunter zehn, die mittlerweile aus dem Bundestag ausgeschieden sind. Die Zahl der Fragen pro Abgeordneten reicht von einem Maximum von 374 bis zu null Fragen, wobei fünf Abgeordnete im Jahr 2007 keine Fragen erhielten.²² Im Durchschnitt erhielt jeder Abgeordnete 18 Fragen, der Median von elf Fragen deutet an, dass die Verteilung stark zugunsten der Abgeordneten mit wenigen Fragen verzerrt ist. Auch die Zahl der Antworten pro Abgeordneten reicht von null bis 374, allerdings sind es in diesem Fall 35 Abgeordnete (6 %), die keine der an sie gestellten Frage beantwortet hatten. Rechnet man aus diesen Zahlen noch die sogenannten Standardantworten heraus, so ergeben sich 68 Abgeordnete, die nicht auf die Fragen eingingen (11 %). Auch die Verteilung der Standardantworten ist stark verzerrt, mit einem Mittelwert von 13,6 Antworten pro Abgeordneten und einem Median von neun Antworten. Insgesamt liegt die durchschnittliche Antwortquote für einen Abgeordneten (ohne Standardantworten) bei 71 %.

Die Analysen lassen sich in Hinblick auf zwei Aspekte verfeinern. Der eine ist das Geschlecht des Abgeordneten, der andere dessen Fraktionszugehörigkeit. In Bezug auf das Geschlecht zeigt sich, dass Frauen wie Männer im gleichen Ausmaß von den Bürgern befragt wurden. Im Antwortverhalten (ohne Standardantworten) unterschieden sich die Geschlechter dagegen, hier lagen die Frauen mit durchschnittlich 75 % leicht vor den Männern mit durchschnittlich 69 % (der Unterschied ist statistisch signifikant auf 10%igem Niveau).

In Bezug auf die Fraktionszugehörigkeit ergeben sich bei der Zahl der Fragen pro Abgeordneten Mittelwerte zwischen 12,7 (für die FDP) und 21,2 (SPD). Die CDU/CSU (17,7), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (16,2) und DIE LINKE (14,4) liegen dazwischen (die beiden fraktionslosen Abgeordneten wurden nicht in die Analyse einbezogen) (Tab. 2). Allerdings ergibt die Überprüfung mittels einer Varianzanalyse, dass diese Unterschiede statistisch nicht signifikant sind. Beim Antwortverhalten der Fraktionsmitglieder liegt die FDP vorn (87 % Antwort-

²² Einer von diesen verließ den Bundestag allerdings bereits im Februar 2007.

quote ohne Standardantworten), gefolgt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (85 %) und DER LINKEN (79 %). Die SPD liegt mit 75 % in der Nähe, deutlich niedriger (statistisch signifikant auf 5%igem Niveau) ist die Antwortquote der CDU/CSU mit 59 %.

Beim Vergleich von Fragenzahl und Antwortbereitschaft stellt sich die Frage, wie beide Merkmale zusammenhängen. Werden solche Abgeordnete häufiger gefragt, die viele Fragen beantworten? Die Ergebnisse geben keinen Anhaltspunkt für diese Annahme. Eher scheint es so, als ob viele Fragen es schwerer machen zu antworten. Allerdings zeigt sich kein statistischer Zusammenhang zwischen der Zahl von Fragen und der Antwortquote auf der Ebene einzelner Abgeordneter. Festhalten lässt sich allerdings, dass die Größe der Fraktion eine Rolle für die Zahl der Fragen pro Abgeordneten und auch für die Antwortbereitschaft spielt. Weitere Faktoren wären allerdings ergänzend zu untersuchen.

Ein weiterer Aspekt, der sich anhand der Fragen und Antworten pro Abgeordneten untersuchen lässt, ist die Zahl der Empfehlungen, die ein Abgeordneter für seine Antworten erhält. Die Funktion der Empfehlungen lässt sich als ein neutrales Instrument der Fokussierung von Aufmerksamkeit verstehen. Empfehlungen können vergeben werden, wenn einem Nutzer eine Antwort besonders gut gefällt, ebenso aber dann, wenn ihm eine Antwort besonders widerstrebt.

Die durchschnittliche Zahl von Empfehlungen pro Antwort schwankt für die Abgeordneten zwischen null und 30. Insgesamt 43 Abgeordnete erhielten keine Empfehlungen auf ihre Antworten, von diesen hatten allerdings auch nur acht überhaupt Antworten gegeben. Die durchschnittliche Zahl der Empfehlungen pro Antwort liegt bei 2,5 und zeigt, dass diese Funktion von den Bürgern intensiv genutzt wird. Die Zahl der Empfehlungen hängt nach der Analyse weder mit der Antwortbereitschaft zusammen, noch lässt sich ein Einfluss des Geschlechts des Abgeordneten feststellen. Allerdings ergeben sich in Bezug auf die unterschiedlichen Fraktionen signifikante Unterschiede in der durchschnittlichen Zahl der Empfehlungen pro Antwort (1%iges Signifikanzniveau). Und zwar erhalten die Mitglieder DER LINKEN deutlich mehr Empfehlungen als die aller anderen Fraktionen (durchschnittlich 6,2 Empfehlungen pro Antwort und Abgeordneten). Auch der Unterschied zwischen CDU/CSU (Mittelwert 1,8) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Mittelwert 3,3) ist signifikant ausgeprägt, der zu FDP (Mittelwert 2,4) und SPD (Mittelwert 2,2) jedoch nicht. Es lässt sich nur darüber spekulieren, woher diese Unterschiede kommen. So könnte die Größe der Fraktion eine Rolle spielen und Sympathisanten der kleineren Fraktionen zu mehr Empfehlungen motivieren, ebenso wie die ideologische Geschlossenheit (oder auch nur die Rolle von Ideologie für die Fraktion). Entsprechende Hypothesen wären aber noch genauer zu untersuchen.

AUSWERTUNG NACH THEMEN

Nach der Untersuchung auf einzelne Personen hin stellt sich die Problematik der thematischen Zuordnung der Fragen. Dazu lassen sich die Themen der Fragen auswerten auf die allgemeine Präsenz bestimmter Themen hin einerseits und andererseits die Zuordnung bestimmter Themen zu den Abgeordneten bestimmter Fraktionen. Themen werden auf abgeordnetenwatch.de von den Fragestellern beim Verfassen ihrer Frage zugeordnet. Die Nutzer haben dabei die Auswahl aus einer Liste von 23 vorgegebenen Themen, außerdem können sie die Frage auf eine der auf abgeordnetenwatch.de dokumentierten Abstimmungen beziehen (Themen und Abstimmungen werden im Folgenden getrennt behandelt, weil Abstimmungen erst ab dem Zeitpunkt ihrer Dokumentation auf der Plattform verfügbar sind).

Auf das Thema »Demokratie und Bürgerrechte« entfielen die meisten Fragen (18,9 %), gefolgt vom Bereich »Inneres und Justiz« (9,5 %) und »Soziales« (8 %). Die am häufigsten einer Frage zugeordnete Abstimmung war mit 3,2 % aller Fragen diejenige zur Vorratsdatenspeicherung, gefolgt von der zur Diätenerhöhung (1,8 %) und der zum Tornadoeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan (1,5 %). Besonders selten genannt wurden Themen »Verwaltung und Förderalismus«, »Tourismus« und »Frauen« mit einem Fragenanteil im Promillebereich. Von den Abstimmungen erreichte nur noch die zur Rente mit 67 einen Fragenanteil über 1 %.

Betrachtet man die Themenzuordnung nach Fraktionen getrennt und dabei jeweils die zehn Themen bzw. Abstimmungen mit den meisten Fragen (Tab. 3), so steht bei allen Fraktionen das Thema »Demokratie und Bürgerrechte« an erster Stelle. Die ersten sechs Themen kommen bei allen Fraktionen unter die zehn meistgefragten Themen, wenn auch in unterschiedlicher Reihenfolge. Augenfällige Abweichungen ergeben sich hier beim Thema »Inneres und Justiz«, das bei allen Fraktionen außer bei DER LINKEN (Rang 5) auf Rang 2 steht. Sie führt dafür das Thema »Soziales« auf Rang 2, das bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erst auf Rang 4 und bei der FDP auf Rang 5 folgt. Das Thema »Gesundheit« wird bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besonders selten abgefragt (Rang 8, allgemein 4), steht dafür bei der FDP besonders hoch (Rang 3). Insgesamt scheinen die Themen der Fragen den öffentlich zugeschriebenen Kompetenzbereichen der Fraktionen zu folgen, was auch an den Themen »Umwelt« (allgemein Rang 9, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rang 3) und »Arbeit« (allgemein Rang 8, bei DER LINKEN Rang 4) deutlich wird.



TAB. 3 RANGFOLGE DER THEMEN NACH DER HÄUFIGKEIT DER IHNEN ZUGEORDNETEN FRAGEN, AUFGESCHLÜSSELT NACH ADRESSIERTER FRAKTION

Rang	allgemein	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	B'90/ GRÜNE
1	Demokratie u. Bürgerrechte	Demokratie u. Bürgerrechte	Demokratie u. Bürgerrechte	Demokratie u. Bürgerrechte	Demokratie u. Bürgerrechte	Demokratie u. Bürgerrechte
2	Inneres u. Justiz	Inneres u. Justiz	Inneres u. Justiz	Inneres u. Justiz	Soziales	Inneres u. Justiz
3	Soziales	Soziales	Soziales	Gesundheit	Internationales	Umwelt
4	Gesundheit	Gesundheit	Gesundheit	Finanzen	Arbeit	Soziales
5	Finanzen	Finanzen	Familie	Soziales	Inneres u. Justiz	Integration
6	Familie	Familie	Finanzen	Wirtschaft	Gesundheit	Internationales
7	Verkehr	Verkehr	Arbeit	Arbeit	Finanzen	Finanzen
8	Arbeit	Arbeit	Verkehr	Familie	Wirtschaft	Gesundheit
9	Umwelt	Umwelt	Vorratsdatenspeicherung	Internationales	Familie	Verkehr
10	Internationales	Sicherheit	Umwelt	Verkehr	Umwelt	Familie

Gezeigt sind für jede Fraktion die zehn am häufigsten genannten Themen. Die Unterlegungen dienen allein dem Zweck, einige Unterschiede in den Themenpräferenzen leichter zu erkennen.

Quelle: eigene Auswertung auf Basis der Daten von abgeordnetenwatch.de

Eine letzte Frage zu den Aktivitäten auf der Plattform zielt auf die zeitliche Dimension der Kommunikation (Abb. 5): Wie lange dauert der Prozess von der Fragestellung bis zur Antwort? Bei der Untersuchung dieser Frage ist allerdings zu beachten, dass für die Dauer nicht allein die Abgeordneten verantwortlich sind, sondern nach Fragestellung und Beantwortung jeweils eine gewisse Zeit für die Prüfung durch die Moderation zu veranschlagen ist, die mal mehr und mal weniger schnell erfolgt.

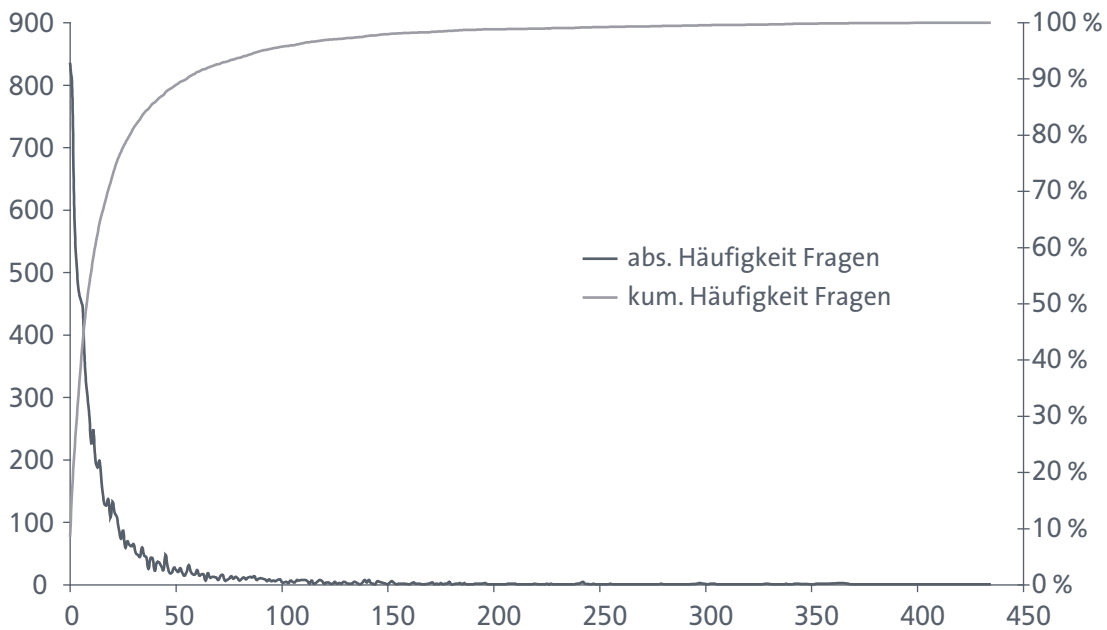
Die meisten Antworten werden noch am selben Tag wie die Frage veröffentlicht (8,8 %, Basis sind in diesem Fall alle eingegangenen Antworten inklusive Ergänzungen zu bereits bestehenden Antworten). Für die Hälfte aller Antworten gilt,



II. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE

dass sie spätestens acht Tage nach Fragestellung erfolgen. Bis zwei Wochen nach Fragestellung sind knapp zwei Drittel aller Antworten eingegangen. 18 % der Antworten brauchten länger als einen Monat, und 131 Antworten (1,4 %) gingen erst nach mehr als einem halben Jahr ein.

ABB. 5 VERTEILUNG DER ZEITLICHEN DAUER BIS ZUR VERÖFFENTLICHUNG EINER ANTWORT AUF ABGEORDNETENWATCH.DE



Die x-Achse zeigt die Anzahl der Tage, die seit der Fragestellung vergangen sind. Die y-Achse zur Linken zeigt die Zahl der Antworten, die am entsprechenden Tag ab der Fragestellung veröffentlicht wurden, die y-Achse zur Rechten den kumulierten Anteil der Antworten, die bis zu einem entsprechenden Tag veröffentlicht wurden. Für die Dauer spielt sowohl die Schnelligkeit der Moderation als auch die Antwortgeschwindigkeit der Abgeordneten eine Rolle.

Quelle: abgeordnetenwatch.de

QUALITÄT DER FRAGEN UND ANTWORTEN

4.

Die bisherigen quantitativen Analysen konnten Aufschluss über viele Aspekte der Kommunikation auf der Plattform abgeordnetenwatch.de geben. Ein Aspekt, der bisher nicht beleuchtet wurde, ist die Qualität der Interaktion zwischen Bürger und Abgeordneten. Dieser Aspekt ist von besonderem Interesse angesichts des Anspruchs von abgeordnetenwatch.de, die Distanz zwischen Bürgern und Politik überwinden zu helfen, aber auch vor dem Hintergrund von wissenschaftlichen Forschungen, die in Informations- und Kommunikationstechniken eine

Möglichkeit zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Parlament und Bevölkerung sehen (Coleman 2004).

Es geht daher in diesem abschließenden Kapitel darum, zu untersuchen, welcher Art die Fragen sind, die auf abgeordnetenwatch.de gestellt werden. Werden tatsächlich Fragen gestellt oder werden eigene Meinungen verbreitet? Bringt der Fragesteller Informationen oder Argumente ein, oder/und fragt er vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen? Wie zielgenau richtet der Fragesteller seine Frage an einen Abgeordneten? Kommt es zu Redundanzen, d. h. einer Wiederholung von Fragen? Ebenso ist in Bezug auf die Antwort zu fragen, ob sie Fakten und Argumente enthält und wie genau sie sich auf die Frage bezieht und diese beantwortet (oder auch eine Ablehnung der Plattform ausdrückt). Nicht zuletzt geht es um die Interaktion zwischen Fragesteller und Abgeordnetem: Begegnen diese sich höflich, oder tragen sie Konflikte aus?

Zur Untersuchung dieser Fragestellungen wurden 100 Frage-Antwort-Paare aus allen Fragen und Antworten auf der Plattform für eine detaillierte Inhaltsanalyse ausgewählt. Die Auswahl (ausführliche Erläuterungen dazu im Anhang, dort findet sich in Tabelle A-3 auch ein quantitativer Überblick über die Ergebnisse) erfolgte zufallsgesteuert, allerdings gewichtet nach dem Frageaufkommen der Fraktionen sowie unter Berücksichtigung der Stellung der jeweils angesprochenen Abgeordneten in der Fraktion (sowohl Funktionsträger als auch sonstige Abgeordnete sollten im Sample enthalten sein). Die erste Ziehung ergab 78 beantwortete und 22 unbeantwortete Fragen. In einem zweiten Schritt wurden so lange Fragen nachgezogen, bis 100 Frage-Antwort-Paare erreicht waren.

ALLGEMEINE MERKMALE DER FRAGEN

4.1

An allgemeinen Merkmalen kann zunächst das Geschlecht der Fragesteller festgestellt werden. Hier zeigt sich eine deutliche Dominanz von Männern, die 88 der Fragen gestellt haben, gegenüber den Frauen mit zwölf Fragen. Dieses Ergebnis bestätigt auch den aus der Nutzerbefragung gewonnenen Eindruck einer überwiegenden Nutzung der Plattform durch Männer. Merkmale der Adressaten (Geschlecht, Fraktionszugehörigkeit) lassen sich nicht sinnvoll untersuchen, da sie aufgrund des Auswahlverfahrens vorgegebenen Kriterien entsprechen.

In der Inhaltsanalyse lassen sich außerdem die Themen genauer untersuchen, die in der quantitativen Analyse nur mittels der vorab festgelegten, groben Kategorien der Plattform erfasst werden konnten. Die Themen streuen dabei sehr breit, allerdings finden sich zu folgenden Themen Häufungen von mehr als drei Fragen (und wären damit, rechnete man die Ergebnisse auf alle Fragen hoch, in etwa so häufig gefragt wie die meistgenannte Abstimmung zur Vorratsdatenspeicherung): Mit dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan befassen sich vier Fragen, die



Onlinedurchsuchung wird in fünf Fragen thematisiert, jeweils sechsmal geht es um den Nichtraucherschutz bzw. um das Antwortverhalten von Abgeordneten auf der Plattform, und mit neun Fragen ist das Thema Vorratsdatenspeicherung das häufigste einzelne Thema der Fragen.

Dabei befassen sich die meisten Fragen mit nur einem Thema, in 13 Fällen wurden zwei unterschiedliche Themen angesprochen. Des Weiteren lässt sich ermessen, ob die Frage ein Thema von allgemeiner Bedeutung anspricht, ob sie in erster Linie für Bürger des Wahlkreises relevant ist oder ob es sich um ein persönliches Anliegen handelt. Dabei zeigt sich, dass in 79 Fällen allgemein relevante Fragen gestellt werden. In zehn Fällen betraf die Frage speziell den Wahlkreis, etwa wenn es um den Drogenhandel in Berlin-Mitte geht. Bei elf Fragen wurde eine primär persönliche Relevanz festgestellt, etwa wenn ein Gastwirt seine Probleme mit dem Nichtraucherschutzgesetz beklagt.

Zum Zweck des Vergleichs mit der quantitativen Analyse sei auch die Zahl der Leserempfehlungen für die Antworten erwähnt. Sie betrug durchschnittlich drei und liegt damit im Rahmen der Ergebnisse aus der quantitativen Analyse.

TYPUS DER FRAGEN

4.2

Beim Typus der Fragen geht es zunächst darum, worauf der Fragesteller abzielt. Jeweils beinahe die Hälfte der Fragen zielt auf eine Meinungsäußerung des Abgeordneten ab (47 Fragen) oder auf eine Rechtfertigung, z. B. für politische Entscheidungen oder Äußerungen (46 Fragen). Die hauptsächliche Nutzung des Kommunikationsangebots besteht also darin, etwas über die politische Positionierung des Abgeordneten zu erfahren. Insgesamt 26 Fragen ersuchen nach einer sachlichen Information zu einer politischen Angelegenheit, und 19 beinhalten im Wesentlichen eine Aufforderung an den Abgeordneten, etwas Bestimmtes zu tun. Die strategische Nutzung der Plattform zur Erreichung bestimmter Ziele spielt demnach eine zwar nachrangige, aber in beachtlichem Ausmaß genutzte Rolle. Bei fast einem Drittel der Fragen (32) ließen sich mehrere Zielrichtungen feststellen.

Der Typus der Frage wird auch durch einen inhaltlichen Aspekt bestimmt, nämlich die Verwendung von Kritik oder Affirmation in der Frage. Nur sehr wenige Fragen (4) zeichnen sich durch affirmative Äußerungen aus, die sich auf die Person oder Tätigkeit des Adressaten beziehen. Häufiger enthalten die Fragen Kritik, die sich gegen die Politik bzw. politische Entscheidungen allgemein (27 Fragen), die Tätigkeit des Adressaten (19 Fragen) oder seiner Partei richtet (10 Fragen). Etwa die Hälfte der Fragen (47) ist jedoch durch Neutralität in diesem Aspekt gekennzeichnet, diese enthalten weder Kritik noch Affirmation.

ZITAT 1

Beispiel für eine Frage mit zweifacher Zielsetzung (ursprüngliche Formulierungen wurden entfernt). Der Fragesteller fordert auf und zielt mit seiner Frage auf eine Rechtfertigung ab.

»Sehr geehrte Frau ..., es ist sicherlich auch ein Stück Verdienst von Ihnen, dass endlich die Sanierung des Euskirchener Bahnhofes Wirklichkeit wird. In diesem Zusammenhang habe ich Sie wegen des dringend notwendig sicherer zu machenden Bahnüberganges an der Bahnlinie Euskirchen-M'eifel in Stotzheim angeschrieben. Wie Sie wissen, handelt es sich um die Leine für viele Autofahrer willkommene Zuwegung über Billig zur Autobahnauffahrt Wisskirchen. Die tatsächlichen und Beinaheunfälle will ich an dieser Stelle erst gar nicht mehr aufzählen, *mich wundert nur dass Sie bisher zu dieser Sache keine Stellung bezogen haben.*«

INHALTLICHE BEZÜGE DER FRAGEN**4.3**

Der Aspekt des inhaltlichen Bezugs betrifft das, was der Fragesteller mit seiner Frage in den Dialog mit dem Abgeordneten einbringt. Es lassen sich völlig bezuglose Fragen unterscheiden von solchen, in denen der Fragesteller über die Frage hinaus auch eine Meinung äußert, ein Argument vorbringt, Informationen aus Quellen (wie der Medienberichterstattung) einbezieht oder von persönlichen Erlebnissen berichtet. Die Analyse dieses Aspekts ist zunächst rein deskriptiv angelegt, an sie ließen sich aber normativ orientierte Untersuchungen anschließen, die bestimmte Arten des inhaltlichen Bezugs mit bestimmten Eigenschaften oder Ergebnissen der Kommunikation in Verbindung bringen.

Insgesamt 58 Fragen zeichnen sich durch die Verwendung von Argumenten in der Fragestellung aus, beinahe ebenso oft (54-mal) bringen die Fragesteller Fakten ein, z. B. einen Verweis auf einen Pressebericht. Persönliche Erlebnisse werden in 23 Fragen eingebracht, ebenso häufig (und oft, aber nicht ausschließlich in Verbindung mit persönlichen Erlebnissen) erwähnen die Fragesteller Beispiele. In 15 Fällen enthielt die Frage einen konkreten Vorschlag, acht der Fragen waren reine Meinungsäußerungen ohne einen der anderen inhaltlichen Beiträge. Schließlich waren 15 Fragen durch eine gänzliche Abwesenheit eines der erwähnten inhaltlichen Bezüge gekennzeichnet, während in 54 Fragen eine Kombination unterschiedlicher Arten von inhaltlichen Bezügen vorkam.

ZITAT 2

Beispiel für eine Frage, die sowohl ein persönliches Erlebnis [1] einbringt als auch auf Beispiele Bezug nimmt [2] und (wenn auch formal unvollständig) argumentiert [3] (ursprüngliche Formatierungen wurden entfernt).

»Sehr geehrter Herr ..., *mein Lebenspartner und ich möchten im kommenden Jahr die eingetragene Lebenspartnerschaft miteinander schließen* [1]. Meine Frage ist nun: Wann wird es endlich eine echte Gleichstellung der homosexuellen Lebenspartnerschaft mit der heterosexuellen Ehe geben - also völlige Gleichstellung im Erb- und Steuerrecht, etc. Ich finde es sehr traurig, dass *selbst im konservativem Spanien* [2] mittlerweile eine vollständige Gleichstellung zur regulären Ehe erfolgt ist und im doch sehr offenem Deutschland noch nicht. *Was mich auch sehr erzürnt ist die Tatsache, dass ich im Falle des Ablebens meines Partners (bzw. umgekehrt) eine Erbschaftsteuer zahlen müsste die der Höhe entspricht als würde man seinem Nachbarn etwas vermachen. Hier muss wirklich etwas getan werden!* [3] Ich freue mich auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen, ...

P.S: an der CDU wird es sicher nicht liegen, soweit ich Frau Merkel einschätzen kann ist sie eine weltoffene Frau. Und sein wir doch ganz ehrlich ... ist die Meinung der CSU wirklich wichtig? Ein kleiner Scherz am Rande.«

ZIELGENAUIGKEIT

4.4

Focks (2007, S.61) stellte bei ihrer Analyse von abgeordnetenwatch.de für die Hamburgische Bürgerschaft fest, dass sachlicher Bezug der Frage und Fachkompetenz bzw. Ausschusszugehörigkeit des Abgeordneten überwiegend übereinstimmen. In der vorliegenden Untersuchung konnte die Zielgenauigkeit der Fragen an die Abgeordneten des Bundestages nur in geringerem Umfang untersucht werden: In den Antworten finden sich bis auf eine Ausnahme (Verwechslung des Abgeordneten Siegfried Kauder mit seinem Bruder Volker) keine expliziten Hinweise darauf, dass die Fragen besser an einen anderen Abgeordneten hätten adressiert werden sollen. Allerdings kann damit nicht ausgeschlossen werden, dass dies trotzdem der Fall ist, von den Abgeordneten aber nicht öffentlich thematisiert wird.

REDUNDANZ**4.5**

In der Frage der Redundanz erwies sich nur ein geringer Anteil von acht Fragen als redundant in dem Sinn, dass der Fragesteller bereits zuvor in der Sache den Abgeordneten gefragt hatte oder dass andere Bürger bereits zum selben Thema Fragen gestellt haben. Nur in einem Fall verwies der antwortende Abgeordnete darauf, dass die gleiche Frage bereits an einen anderen Abgeordneten gestellt und von diesem beantwortet worden sei. In 92 Fällen fand sich kein Hinweis auf eine wiederholte Frage desselben oder ähnlichen Inhalts.

UMFANG DER ANTWORTEN**4.6**

In Bezug auf den Umfang der Antworten ist zunächst festzuhalten, dass die Abgeordneten zwar frei sind in der Länge ihrer Antworten, sich aber dennoch in etwa an die Vorgaben für die Fragen von 2.000 Zeichen halten – die durchschnittliche Länge der Antworten liegt bei 2.052 Zeichen. Allerdings sind die Fragen im Durchschnitt nur 864 Zeichen lang.

Die qualitative Untersuchung zeigt, dass die Mehrzahl der Fragen ausführlich beantwortet wurde (65 Antworten). In der Tat vermitteln viele Antworten den Eindruck einer gründlichen Recherche, etwa wenn der Abgeordnete auf Nachfragen verweist, die er zur Beantwortung getätigt hat. Nur zehn Fragen wurden knapp beantwortet, von diesen stellen zwei einen Verweis dar, der auch bei elf weiteren Fragen vorkam. Nur in einem Fall führte ein solcher Verweis nicht zu den gewünschten Informationen, zwei weitere Antworten sind als unpassend zu qualifizieren, weil sie nicht auf die Zielrichtung der Frage reagierten. Diese überwiegend gewissenhafte Beantwortung von Bürgerfragen stellte auch Döring (2003) fest, die im Jahre 2000 die E-Mail-Responsivität der Bundestagsabgeordneten testete.

Eine Besonderheit stellen zwölf Antworten dar, in denen die öffentliche Beantwortung der Fragen auf abgeordnetenwatch.de abgelehnt wird. Einige begründen ihre Ablehnung zum Beispiel durch Verweis auf die fehlenden Angaben zur Adresse in der Anfrage oder lehnen die öffentliche Beantwortung von Bürgeranfragen prinzipiell ab. In diesen Antworten, die häufig standardisiert formuliert sind, verweisen die Abgeordneten darauf, dass die Bürger mit ihnen gerne über E-Mail, Telefon, Brief oder während einer Bürgersprechstunde direkt in Kontakt treten können und die Abgeordneten auf diesem Wege ihre Fragen beantworten werden.

ZITAT 3

Beispiel für eine Antwort, die den Kontakt nur für Bürger des Wahlkreises und nur über den Weg eines persönlichen Treffens zulässt (ursprüngliche Formatierungen wurden entfernt).

»Sehr geehrter Herr ,

als direkt gewählter Abgeordneter für Rostock bin ich jederzeit gerne bereit mit den Bürgerinnen und Bürgern der Region ins Gespräch zu kommen. Dies geschieht bereits in jeder sitzungsfreien Woche. Ich lade Sie herzlich ein, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wahlkreisbüro einen individuellen Termin zu vereinbaren. Dann haben wir die Möglichkeit, die von Ihnen angesprochenen Fragen in einem persönlichen Gespräch in meinem Wahlkreisbüro zu erörtern.

Mit freundlichen Grüßen Ihr ...«

INHALTLICHE BEZÜGE DER ANTWORTEN

4.7

Auch für die Antworten wurden die inhaltlichen Bezüge in Analogie zum Vorgehen bei den Fragen ausgewertet. Auch dabei stehen Argumente (76-mal) und Fakten (73-mal) an erster Stelle der häufigsten inhaltlichen Bezüge. Verweise auf Beispiele oder konkrete Vorschläge finden sich in jeweils 16 Antworten, nur in neun Fällen berichteten die Abgeordneten über persönliche Erlebnisse als Teil der Antwort. Sehr häufig treten mehrere inhaltliche Bezüge gemeinsam in einer Antwort auf (70 Fälle). Reine Meinungsäußerungen waren nicht zu verzeichnen, allerdings ließ sich für 18 Antworten kein inhaltlicher Bezug der genannten Arten feststellen.

In der Frage, ob die Antworten Kritik oder Affirmation beinhalten, zeigte sich fast die Hälfte als frei von sowohl kritischen als auch affirmatorischen Anmerkungen (47 Antworten). In insgesamt 38 Fällen äußerten die Abgeordneten Zustimmung, dabei 28-mal in Bezug auf ihre eigene Partei und 14-mal in Bezug auf die Äußerungen des Fragestellers. Kritik wurde in 25 Antworten geübt, und zwar meist an den Inhalten der Frage (23-mal), selten aber auch an der eigenen Partei (zweimal) und nie an der Person des Fragestellers.

Im Vergleich zu den Fragen zeichnen sich die Antworten der Abgeordneten durch ein noch höheres Maß an Sachlichkeit und Argumentativität aus. Gerade persönliche Erlebnisse finden sich seltener in den Antworten, was einerseits der Rollenverteilung zwischen Bürgern und Abgeordneten entspricht, andererseits möglicherweise aber auch den Eindruck einer abgehobenen Klasse »da oben« festigt. Auch der Aspekt Kritik und Affirmation macht die unterschiedlichen

Rollen deutlich: Der Bürger nimmt eine stärker kritische Haltung ein, der Abgeordnete lässt immer wieder Verständnis für die Anliegen der Bürger durchblicken, bekräftigt aber auch die Verbundenheit zu seiner Partei.

FORM DER INTERAKTION**4.8**

In Bezug auf den sprachlichen Stil der Interaktion wurde schließlich untersucht, ob die Interaktionspartner ihre Fragen bzw. Antworten durch Höflichkeitsformen einleiten oder abschließen. Dabei ist zu bemerken, dass annähernd alle Fragen und Antworten grundlegende Höflichkeitsformen wie die Anrede »Sehr geehrte« oder die Schlussformel »Mit freundlichen Grüßen« nutzen. Weiter gehende Höflichkeiten gehen in 46 Fällen einseitig von den Abgeordneten aus und in sechs von den Fragestellern. Dazu ist anzumerken, dass die Fragesteller mehr oder weniger anonym auftreten und angehalten sind, sich möglichst kurz zu fassen. Die Abwesenheit von Höflichkeitsformen bedeutet nicht unbedingt, dass der Umgangston unfreundlich wäre. In 28 Fällen konnten auf keiner der beiden Seiten weiter gehende Höflichkeitsformen festgestellt werden, bei 20 Frage-Antwort-Paaren nutzten sowohl Fragesteller als auch Abgeordneter entsprechende Formen.





RESÜMEE UND DISKUSSION

III.

In diesem Bericht wurden Befunde zusammengetragen, mit denen der Ansatz von abgeordnetenwatch.de eingeordnet und ein Bild von der Nutzung der Plattform durch Bürger und Abgeordnete gezeichnet werden kann.

ANSATZ VON ABGEORDNETENWATCH.DE

1.

[Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) ist eine zivilgesellschaftliche Initiative mit Ursprung in der Bürgerrechtsbewegung im Umfeld des Vereins »Mehr Demokratie« in Hamburg. Anlass für die Schaffung der Plattform war aus Sicht der Betreiber ein Mangel an öffentlich verfügbaren Informationen über das Meinungsprofil und die Arbeit einzelner Abgeordneter (und Kandidaten). Ein solches Angebot sei ein wichtiges Element für ein stärker personalisiertes Wahlrecht, dessen Einführung die Gründer von abgeordnetenwatch.de im Rahmen einer Volksinitiative forderten. Die anfänglich ehrenamtliche Initiative zur Gründung von abgeordnetenwatch.de wurde mittlerweile in einen professionell arbeitenden Betrieb mit gemeinnützigem Charakter überführt, der Einnahmen hauptsächlich über Zuwendungen durch einen Fonds zur Förderung sozialer und ökologischer Projekte sowie im Weiteren auch durch Fördermitglieder erhält. Der nachhaltige Betrieb der Plattform scheint gleichwohl noch nicht gesichert, wie das zwischenzeitliche Einstellen des Angebots von abgeordnetenwatch.de für die Hamburgische Bürgerschaft signalisierte.

[Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) lässt sich in eine Reihe von vergleichbaren Internetprojekten im internationalen Kontext einordnen. Als unabhängige Beobachter von Abgeordneten möchten diese Projekte Bürgern dabei helfen, sich eine Meinung über die Arbeit der Abgeordneten zu bilden und diese – vermittelt über öffentlichen Druck – zu kontrollieren. Im Unterschied zu den meisten Projekten wird bei abgeordnetenwatch.de jedoch nicht nur die Arbeit der Abgeordneten dokumentiert (Abstimmungsverhalten etc.), sondern es wird darüber hinaus ein bilateraler öffentlicher Frage-Antwort-Dialog zwischen einzelnen Bürgern und Abgeordneten unterstützt, durch den Bürger bedarfsgerecht diejenigen Informationen von Abgeordneten erfragen können, welche sie für ihre Meinungsbildung benötigen. [Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) vermittelt also nicht nur durch die Bereitstellung von Technik, sondern agiert auch als Moderationsinstanz für die Kommunikation zwischen Bürger und Abgeordneten. Damit stellt sich die Frage der Überparteilichkeit der Plattform und wie diese durch die Schaffung organisatorischer Vorkehrungen (Moderationskodex, Kuratorium) gesichert werden kann.

NUTZUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE

2.

Die Mitwirkungsbereitschaft der Abgeordneten am über abgeordnetenwatch.de vermittelten Dialog mit den Bürgern ist als sehr hoch einzustufen. 2007 wurden 11.200 Fragen eingereicht, von denen 77 % durch die Abgeordneten beantwortet wurden. Auch wenn eine Zunahme der Fragen über die Zeit innerhalb des Untersuchungszeitraums nicht beobachtet werden konnte, so schnellte die Frageaktivität – ausgelöst durch Berichte über abgeordnetenwatch.de in den Medien (Fernsehen, überregionale Tageszeitungen) – hin und wieder kurzfristig hoch. Jedoch konnten die Abgeordneten den zusätzlichen Aufwand offenbar gut bewältigen, denn die Antwortquote blieb auch in diesen Fällen konstant hoch. 89 % der Abgeordneten haben mindestens schon einmal eine Frage beantwortet, 5 % schreiben Standardantworten und nur 6 % reagieren überhaupt nicht auf die über abgeordnetenwatch.de an sie geleiteten Fragen. Im Schnitt erhält jeder Abgeordnete 18 Bürgerfragen über abgeordnetenwatch.de im Jahr, bei der Hälfte der Abgeordneten sind es elf Fragen und weniger. Allerdings erhalten einige wenige auch sehr viel mehr Fragen (bis zu 374). Die Abgeordneten antworten in aller Regel recht schnell (innerhalb von zwei Wochen) und ihre Antworten sind ganz überwiegend gekennzeichnet durch Ausführlichkeit, Höflichkeit und durch Verständnis für das Anliegen des Fragestellers.

Die Fragen sind häufig dadurch geprägt, dass Kritik an der Arbeit eines Abgeordneten geübt wird, dass diese in der Regel auch argumentativ und durch Verweise auf Fakten unterstützt wird und dass eine Meinungsbekundung des Abgeordneten eingefordert wird. Dabei werden fast immer die im schriftlichen Verkehr üblichen Höflichkeitsformen gewahrt. Die Zielgenauigkeit der Fragen in sachlicher Hinsicht konnte nicht tiefer gehend analysiert werden, allerdings wurden in den Antworten der Abgeordneten keine Hinweise auf das Gegenteil gefunden. Jedoch gibt es Anhaltspunkte dafür, dass sich die Fragesteller in größerem Umfang nicht nur an die Abgeordneten ihres Wahlkreises richten: Die Hälfte der Mehrfachfrager verteilt ihre Fragen auf Abgeordnete verschiedener Bundesländer und nur 10 % der inhaltsanalytisch untersuchten Fragen bezogen sich explizit auf Themen aus einem Wahlkreis.

Insgesamt kann eine Zunahme der Zugriffe auf die Plattform über die Zeit beobachtet werden. Dabei dominieren vor allem Männer (80 %) und formal besser gebildete Teilnehmer. Der Nutzerkreis von abgeordnetenwatch.de zeichnet sich außerdem durch eine gegenüber der Bevölkerung große Politikaffinität aus (z. B. was die Teilnahme an politischen Veranstaltungen und die Mitgliedschaft in Parteien betrifft). Auffällig ist dabei, dass 8 % selbst Mandatsträger und 13 % Kandidat bei einer Wahl sind oder waren. Dies lässt darauf schließen, dass abgeordnetenwatch.de auch von Abgeordneten und anderen politischen Funktionsträgern genutzt wird, um sich über Kollegen und ggf. Konkurrenten zu informieren.



ABGEORDNETENWATCH.DE GEMESSEN AN DEN EIGENEN ANSPRÜCHEN

3.

Die Auswertung der Nutzung von abgeordnetenwatch.de legt nahe, dass es den Betreibern gelungen ist, eine Plattform für den öffentlichen und direkten Dialog zwischen Bürgern und Abgeordneten zu etablieren. Die durch abgeordnetenwatch.de zusammengetragenen Informationen über die Abgeordneten (z.B. das Abstimmungsverhalten) finden sich zwar alle auch an anderen Stellen im Internet, allerdings nicht in dieser spezifischen abgeordneten-zentrierten Zusammenstellung.²³ Durch die sukzessive Kumulation der Fragen und Antworten entsteht zusätzlich eine Wissensbasis, die – vorausgesetzt sie lässt sich gezielt durchsuchen – eine größere Transparenz bezüglich der Meinungen der Volksvertreter ermöglicht. Damit wird eine Grundlage dafür gelegt, die Abgeordneten besser beurteilen zu können, was bei der Wahl von Direktkandidaten relevant werden kann.

Angesichts der Schnelligkeit und hohen Qualität der Antworten der Abgeordneten kann außerdem davon ausgegangen werden, dass die Plattform allein 2007 Tausende von Fragestellern, und darüber hinaus noch weitaus mehr Betrachter der Webseiten, näher an die Abgeordneten bringen konnte. Ob auf diese Weise vormals eher politikabstinente Gruppen der Bevölkerung an Politik herangeführt werden konnten, ist angesichts der soziodemografischen Zusammensetzung des Teilnehmerkreises allerdings zu bezweifeln. Hierfür müssten noch weitere Anstrengungen unternommen werden, das Angebot von abgeordnetenwatch.de an die Lebenswelten der unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen heranzuführen.

Zwar mag abgeordnetenwatch.de das Interesse der Bürger an den durch sie direkt gewählten Abgeordneten steigern, doch ist man hier noch von einer primären Orientierung am eigenen Wahlkreisabgeordneten entfernt: Obwohl durch den Aufbau der Plattform die Kontaktaufnahme mit dem eigenen Abgeordneten stark unterstützt wird (durch die Eingabe der Postleitzahl als zentralem Suchprinzip) und das Auffinden anderer Abgeordneter hingegen erschwert wird (indem Abgeordnete auf der obersten Ebene nicht nach Namen oder Partei gesucht werden können), verteilen die Teilnehmer ihre Fragen oft auf Abgeordnete mehrerer Bundesländer und sprechen nur in geringem Umfang Themen aus ihrem Wahlkreis an.

Ähnlich verhält es sich mit dem Ziel von abgeordnetenwatch.de, entgegen dem Trend zur medialen Inszenierung charismatischer Politikerpersönlichkeiten die Aufmerksamkeit der Bürger besser auf alle Abgeordneten zu verteilen. Zwar dürften durch abgeordnetenwatch.de bislang eher unbekannte Politiker ein neues

²³ So jedenfalls der Informationsstand zum Zeitpunkt der Abfassung des Gutachtens 2008. Zwischenzeitlich haben einzelne Fraktionen ihre Webangebote deutlich ausgeweitet und bieten zu jedem Abgeordneten Informationen, z. B. zur Biografie, zu parlamentarischen oder sonstigen Mitgliedschaften, namentlichen Abstimmungen, Pressemitteilungen, Reden, Interviews, Bezügen, Spenden und Nebentätigkeiten.

Forum zur Darstellung ihrer Positionen gefunden haben, doch zeigt bereits die stark ungleiche Verteilung der Fragen an die Abgeordneten, dass man hier noch weit von einer Gleichverteilung entfernt ist. Auch sind unter den besonders häufig angefragten Abgeordneten vornehmlich viele prominente Abgeordnete vertreten.

OFFENE FRAGEN

4.

Trotz – oder gerade wegen – der starken Nutzung der Plattform durch die Bürger, des verhältnismäßig großen Medieninteresses und nicht zuletzt der überwiegend konstruktiven Aufnahme der Plattform durch die Abgeordneten bleibt eine Reihe von Fragen offen. Wenn die neuen Kommunikationsmedien neue politische Akteure mit Partizipationsangeboten auf den Plan rufen, wie sind diese neuen Mittler dann zu beurteilen? Abgeordnetenwatch.de hat eine neue Öffentlichkeit für den Deutschen Bundestag hergestellt, die den Anspruch verfolgt, die parlamentarische Demokratie zu stärken. Doch für ein Urteil darüber wäre es aufschlussreich, die unterschiedlichen Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürger und Abgeordneten (Sprechstunden, Anfragen, Petitionen etc.) unter Berücksichtigung der jeweils genutzten »Kanäle« (persönliches Gespräch, Telefon, Brief, E-Mail, öffentliches Onlineforum) im Vergleich zu betrachten.

Weiterer Klärungsbedarf besteht auch bei der Frage, ob durch die Fokussierung auf die Person der Abgeordneten nicht ein unangemessenes Verständnis von den Politikprozessen im Deutschen Bundestag vermittelt wird, das die Ebene der Fraktionen und der Ausschüsse ausblendet, die gewöhnlich für die Arbeit des Deutschen Bundestages als wichtiger eingeschätzt wird. Und obwohl [abgeordnetenwatch.de](#) gegenüber den Abgeordneten eine Hilfestellung bei der Anbahnung des direkten Bürgerkontakts leistet und darauf achtet, dass Spam, Massen Anfragen oder unsachliche und diffamierende Äußerungen herausgefiltert werden, muss momentan noch offen bleiben, wie diese »Dienstleistung« von den Abgeordneten selbst bewertet wird. Neben dem Dialog zwischen Bürger und Abgeordneten verdiente daher auch der Dialog zwischen [abgeordnetenwatch.de](#) und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages eine stärkere Beachtung.



LITERATURVERZEICHNIS

IV.

- Albrecht, S. (2006): Whose voice is heard in online deliberation? A study of participation and representation in political debates on the Internet. In: *Information, Communication and Society* 9(1), S. 62–82
- Bartels, H.-P. (2008): Wahlkreiskommunikation. Daten aus der Praxis eines Bundestagsabgeordneten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39(3), S. 487–493
- Coleman, S. (1999): Cutting out the middle man: from virtual representation to direct deliberation. In: Hague, B.N., Loader, B.D. (eds.): *Digital democracy: discourse and decision making in the Information Age*. London/New York, S. 195–210
- Coleman, S. (2004): Connecting Parliament to the Public via the Internet: Two Case Studies of Online Consultations. In: *Information, Communication and Society* 7(1), S. 1–22
- Dai, X. (2007): Political ethics online: Parliamentarians' use of email in Europe. In: *The Journal of Legislative Studies* 13(3), S. 458–476
- Döring, N. (2003): Politiker-Homepages zwischen Politik-PR und Bürgerpartizipation. In: *Publizistik* 48(1), S. 25–46
- Elsner, S.H., Algasinger, K. (2001): »Sehr geehrte Frau Abgeordnete!«, »Sehr geehrter Herr Abgeordneter!« Der Bürger- und Wählerservice deutscher Abgeordneter zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Ergebnisse einer experimentellen Fallstudie. Beiträge zum Parlamentarismus 12, München
- Ewert, B., Fazlic, N., Kollbeck, J. (2003): E-Demokratie. Stand, Chancen und Risiken. In: Schulzki-Haddouti, C. (Hg.): *Bürgerrechte im Netz*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 227–260
- Focks, A. (2007): Bürger fragen, Politiker antworten. Neue politische Beteiligungsformen im Internet am Beispiel von *abgeordnetenwatch.de*. Hausarbeit, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster
- Gabriel, O.W., Schöllhammer, L. (2009): Warum Deutsche ihrem Abgeordneten nicht mehr vertrauen als dem Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40(2), S. 414–430
- Gardiner, A. (2007): Per Mausklick zum Abgeordneten. In: *Stiftung Mitarbeit/Initiative E-Participation* (Hg.): *E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet*. Bonn, S. 179–193
- Grunwald, A., Banse, G., Coenen, C., Hennen, L. (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag 18, Berlin
- Gscheidle, C., Fisch, M. (2007): Onliner 2007: Das »Mitmach-Netz« im Breitbandzeitalter. In: *Media Perspektiven* 8, S. 393–405
- Hackmack, G., Hekele, B. (2008): Abgeordnetenwatch. Mehr Transparenz in der Politik: *abgeordnetenwatch.de* weiterentwickeln. Workshop auf der Tagung »re:publica«, Berlin, 3. April 2008. Dokumentation unter <http://asset.re-publica.de/audio/rp08-tag2-1507h-abgeordnetenwatch.mp3> (Stand: 28.4.2008)



IV. LITERATURVERZEICHNIS

- Herzog, D., Rebenstorf, H., Werner, C., Weßels, B. (1990): Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen
- Holtz-Bacha, C. (2002): Massenmedien und Wahlen: Die Professionalisierung der Kampagnen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15–16, S. 23–26
- Ifib GmbH, Zebralog e.V. (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1, Bremen
- Kevenhörster, P., Schönbohm, W. (1973): Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4(1), S. 18–38
- Lasswell, H.D. (1948): The Structure and Function of Communication in Society. In: Bryson, L. (ed.): *The Communication of Ideas*. New York, S. 37–52
- Lemke-Müller, S. (1999): Abgeordnete im Parlament. Zur Parlamentskultur des Deutschen Bundestages in den neunziger Jahren. Rheinbreitbach
- Oehmichen, E., Schröter, C. (2007): Zur typologischen Struktur medienübergreifender Nutzungsmuster. In: *Media Perspektiven* 8, S. 406–421
- Patzelt, W.J. (1995): Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen. Berlin
- Riehm, U., Coenen, C., Lindner, R., Blümel, C. (2009): Bürgerbeteiligung durch E-Petitionen. Analysen von Kontinuität und Wandel im Petitionswesen. Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag 29, Berlin
- Schoen, H. (2005): Wahlkampfforschung. In: Falter, J.W., Schoen, H. (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, S. 503–542
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): *Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn
- Verba, S., Schlozman, K.L., Brady, H.E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge/London
- Williamson, A. (2009): *MPs Online. Connecting with constituents. A study into how MPs use digital media to communicate with their constituents*. London
- Zittel, Th. (2009): Entmedialisierung durch Neue Digitale Medien? Direkte Wählerkommunikation im WWW aus der Sicht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In: Marcinkowski, F., Pfetsch, B. (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte* 42/2009, S. 366–389



ANHANG

V.

METHODIK DER FRAGE-ANTWORT-ANALYSE

1.

Fragestellung:

- Sind die Fragen kompetent und informiert formuliert?
- Wie ist die Zielgenauigkeit bei der Adressierung der Fragen einzuschätzen? Werden die fachlich oder lokal zuständigen Abgeordneten für die jeweiligen Fragen angesprochen?
- Wie redundant sind die Fragen (vor dem Hintergrund der Gefahr von Mehrfachfragen und Kampagnen)?
- Wie umfangreich sind die Antworten und wie gut wird auf die Fragen eingegangen?

ZIEHUNG DES SAMPLES

1.1

Bei der Ziehung der 100 Frage-Antwort-Paare sollten zum einen die Fraktionen in der Stärke des Frageaufkommens berücksichtigt werden, zum anderen sollten sowohl Funktionsträger der Fraktionen als auch sonstige Abgeordnete unter den Adressaten vertreten sein.

Daher wurde zunächst die Zahl der Fragen je Fraktion mit Stand vom 18. März 2008, 17 Uhr ermittelt und auf dieser Basis die Gewichte der einzelnen Fraktionen festgelegt (CDU/CSU: 35 Fragen; SPD: 43 Fragen; FDP: 7 Fragen; DIE LINKE: 7 Fragen; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 8 Fragen). Daraufhin wurde zufällig eine entsprechende Zahl von Abgeordneten der jeweiligen Fraktionen ausgewählt, wobei Abgeordnete auch mehrfach vertreten sein konnten. Für jede Ziehung wurde aus den zum Zeitpunkt der Ziehung vorliegenden Fragen eine Frage zufällig ausgewählt und erfasst, ob eine Antwort vorlag. Lag keine Antwort vor, wurde ein weiterer Abgeordneter gezogen und für diesen wiederum eine Frage, wie beschrieben.

Nach dieser Ziehung erfolgte eine Überprüfung des Status der Abgeordneten. Als Funktionsträger gewertet wurden die Fraktionsvorsitzenden und ihre Stellvertreter sowie die parlamentarischen Geschäftsführer und ihre Stellvertreter. Außerdem wurden auch Mitglieder des Bundestagspräsidiums, Minister und Spitzenfunktionäre der Parteien (z.B. Bundesvorsitzende, Generalsekretäre) zu dieser Gruppe gezählt. Dabei ergab sich nur innerhalb der FDP die Notwendigkeit einer Nachziehung, weil von den sieben Fragen nur eine an einen Funktionsträger gerichtet war. Daher wurde solange nach obigem Verfahren nachgezogen, bis



ein Nichtfunktionsträger durch einen Funktionsträger ersetzt werden konnte (Verhältnis Funktionsträger vs. Nichtfunktionsträger im endgültigen Sample: CDU/CSU: 27:4; SPD: 36:6; FDP: 5:2; DIE LINKE: 3:4; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 5:2 – Abweichungen zur Zahl der Fragen ergeben sich durch Abgeordnete, die durch mehrere Fragen im Sample vertreten sind).

CODIERUNG DER FRAGEN UND ANTWORTEN

1.2

Bei den 100 Frage-Antwort-Paaren wurden zuerst die Fragen, dann die Antworten und anschließend die Interaktion insgesamt codiert. Allgemein wurde bei der Analyse darauf geachtet, dass vom wörtlichen Sinn des Textes ausgegangen wurde und Interpretationen im Sinne von »der Autor meinte offenbar« vermieden wurden. Die Codierungen erlaubten jeweils Restkategorien zuzuordnen, d.h. eine Kategorie für alle Beiträge, die sich keiner der vorgesehenen Kategorien zuordnen lassen.

1. Frage_Geschlecht: Handelt es sich um einen Mann oder eine Frau?
Vorgehen: Codierung anhand des angegebenen Namens und der Anrede in der Antwort vornehmen.
Kategorien: männlich/weiblich
2. Frage_Themagrob: Was ist das übergreifende Thema der Frage?
Vorgehen: Kategorien übernehmen, die durch den Fragesteller selbst angegeben wurden.
3. Frage_Themadetail: Was ist das Thema genau?
Vorgehen: möglichst detailliert angeben, dabei rekursiv auf die anderen Fragen bezogen codieren, also ähnliche Themen bündeln. Wenn mehrere Themen angesprochen werden oder mehrere Fragen zu unterschiedlichen Themen gestellt werden, sind alle Themen aufzuführen.
4. Frage_Themarelevanz: Wie ist die Relevanz des Themas zu bewerten?
Vorgehen: Es ist zu beurteilen, ob der Fragesteller ein persönliches Anliegen formuliert oder ob es um allgemein relevante Themen geht.
Kategorien: allgemein (Frage ist relevant für eine große Zahl von Bürgern)/wahlkreisrelevant (Frage ist relevant für eine große Zahl von Bürgern aus dem Wahlkreis des Abgeordneten)/persönlich (Frage ist nur relevant für den Fragesteller bzw. eine sehr kleine Gruppe der Bevölkerung)
5. Frage_Themaaktualität: Bezieht sich der Fragesteller auf ein aktuelles oder auf ein latentes Problem?
Vorgehen: Es ist zu beurteilen, ob das angesprochene Problem aktueller Natur ist oder dauerhaft besteht. Kriterien für aktuelle Probleme sind die Referenz auf aktuelle Ereignisse oder Medienberichte, Angabe eines Zeitpunkts in der nahen Vergangenheit oder Zukunft. Kriterium für latente Probleme



- ist die Abwesenheit von konkreten zeitlichen Bezügen
Kategorien: aktuell/latent
6. Frage_Sprechakt: Worauf zielt der Fragesteller ab?
Vorgehen: Es ist zu beurteilen, was der Fragesteller mit seiner Frage erreichen will.
Kategorien: Information (der Antwortende soll eine sachliche Information vermitteln)/Rechtfertigung (der Antwortende soll eine Meinung oder eine Handlung rechtfertigen bzw. begründen)/Meinung (der Antwortende soll eine Meinung zu einem bestimmten Thema äußern)/Aufforderung (der Adressat soll sich in einer bestimmten Weise verhalten)
7. Frage_Inhalt: Wie inhaltsreich und ergiebig ist die Frage?
Vorgehen: Es interessieren fünf Aspekte des Inhalts der Frage (s. Kategorien), mit denen ermesst wird, ob der Fragesteller seine Frage kompetent stellt. Die Aspekte schließen sich nicht wechselseitig aus, Mehrfachzuordnungen einer Frage sind möglich. So kann es häufig – aber nicht zwingend – zur gleichzeitigen Zuschreibung von persönlichem Erleben und Beispiel kommen, wenn der Fragesteller auf seine eigene Situation als Beispielfall verweist. Achtung: es geht jeweils nur darum, was in der Frage selbst steht, nicht auf Inhalte, auf die durch die Frage nur verwiesen wird. Die Kategorisierung als »nur Meinung« ist nur dann zu vergeben, wenn keine der anderen Aspekte erfüllt sind.
Kategorien: persönliches Erlebnis (berichtet der Fragesteller von persönlichen Erlebnissen mit der Politik/mit Abgeordneten?)/Fakten bzw. Informationsquellen (verweist er auf Fakten oder Informationsquellen?)/Beispielfälle (verweist er auf Beispielfälle, um seine Frage zu veranschaulichen oder ihre Relevanz zu belegen?)/Argumente (argumentiert der Fragesteller?)/Vorschlag bzw. Lösung (unterbreitet der Fragesteller selbst einen Vorschlag, z. B. für eine Lösung?)/nur Meinung (handelt es sich um eine alleinige Bekundung der eigenen Meinung?)
8. Frage_Kritik: Enthält die Frage Kritik oder Affirmation?
Vorgehen: Es ist zu untersuchen, ob der Fragesteller den Abgeordneten, dessen Tätigkeit, seine Partei oder Politiker bzw. die Politik im Allgemeinen zustimmend oder kritisch bewertet.
Kategorien: Kritik an der Person/an der Tätigkeit/an der Partei/an Politikern; Affirmation gegenüber der Person/der Tätigkeit/der Partei/Politikern; weder Kritik noch Affirmation
9. Antwort_Geschlecht: Handelt es sich um einen Mann oder eine Frau?
Vorgehen: Codierung anhand des angegebenen Namens und der Informationen der Bundestagshomepage vornehmen.
Kategorien: männlich/weiblich
10. Antwort_Inhalt: Wie inhaltsreich und ergiebig ist die Antwort?
Vorgehen: Es interessieren fünf Aspekte des Inhalts der Antwort (s. Katego-



rien), mit denen er messen wird, ob der Abgeordnete kompetent antwortet. Die Aspekte schließen sich nicht wechselseitig aus, Mehrfachzuordnungen einer Antwort sind möglich. Achtung: es geht jeweils nur darum, was in der Antwort selbst steht, nicht auf Inhalte, auf die durch die Antwort nur verwiesen wird.

Kategorien: persönliches Erlebnis (berichtet der Abgeordnete von persönlichen Erlebnissen?)/Fakten bzw. Informationsquellen (verweist er auf Fakten oder Informationsquellen?)/Beispielfälle (verweist er auf Beispielfälle, um seine Antwort zu veranschaulichen oder zu belegen?)/Argumente (argumentiert der Abgeordnete?)/Vorschlag bzw. Lösung (unterbreitet der Abgeordnete einen Vorschlag, z. B. für eine Lösung?)

11. Antwort_Kritik: Enthält die Antwort Kritik oder Affirmation?

Vorgehen: Es ist zu untersuchen, ob der Abgeordnete den Fragesteller, die eigene Partei oder Teile der Frage (z. B. ein Argument) zustimmend oder kritisch bewertet.

Kategorien: Kritik an der Person/an der Partei/am Inhalt der Frage; Affirmation gegenüber der Person/gegenüber der Partei/des Inhalts der Frage; weder Kritik noch Affirmation

12. Interaktion_Passung: Passt die Frage zum Adressaten?

Vorgehen: Anhand des Themas und Sprechakts der Frage, der Informationen über den Adressaten sowie dessen Reaktion ist zu beurteilen, ob die Frage sich an eine sachlich oder lokal zuständige Person richtet. Eine Differenzierung zwischen sachlicher und lokaler Passung erfolgt allerdings nur in dem Fall, dass sich Hinweise auf fehlende Passung ergeben, dann ist zu untersuchen, in welcher Hinsicht die Frage nicht zum Adressaten passt.

Kategorien: passend/sachlich; unpassend/lokal; unpassend/sachlich und lokal unpassend

13. Interaktion_Bezug: Wird die Frage beantwortet oder eine Antwort verweigert?

Vorgehen: Anhand des Themas und Sprechakts der Frage ist zu beurteilen, inwiefern die Antwort auf die Frage zufriedenstellend erfolgt.

Kategorien: ausführlich beantwortet/knapp beantwortet/Verweis statt Antwort/unpassende Antwort/Ablehnung einer Antwort/gar keine Antwort (trifft allerdings nur für die Frage-Antwort-Paare der ersten Ziehung zu, im endgültigen Sample waren zwangsläufig alle Fragen beantwortet, s. oben zur Auswahl der 100 Frage-Antwort-Paare)

14. Interaktion_Redundanz: Wurde eine ähnliche Frage dem Abgeordneten schon einmal gestellt?

Vorgehen: Anhand der Reaktion auf die Frage ist zu prüfen, ob eine ähnliche Frage demselben Abgeordneten schon einmal gestellt wurde? Danach ist zu prüfen, inwiefern eine entsprechende Reaktion des Abgeordneten gerechtfertigt ist. Ähnlichkeit ist dabei eng auszulegen und anhand von Detailthema



und Sprechakt zu beurteilen. Für die Überprüfung sind alle bisherigen Fragen an den Abgeordneten heranzuziehen.

Kategorien: redundant/nicht redundant

15. Interaktion_Stil: Verwenden Frager und/oder Abgeordneter Höflichkeitsformen?

Vorgehen: Für Fragen ebenso wie Antworten ist festzustellen, ob Höflichkeitsformen verwendet werden, insbesondere zur Einleitung oder am Ende des Beitrags. Allein die Verwendung von Anrede- und Schlussformeln wie »Sehr geehrte/r« oder »Mit freundlichen Grüßen« reichen dabei noch nicht aus, um die Interaktion als »höflich« zu kategorisieren.

Kategorien: wechselseitige Höflichkeit/einseitige Höflichkeit durch Bürger/einseitige Höflichkeit durch Abgeordneten/keine Höflichkeit



TABELLARISCHER ÜBERBLICK WEITERER ERGEBNISSE **2.**

TAB. A-1 ERGEBNISSE DER NUTZERBEFRAGUNG VON ABGEORDNETENWATCH.DE.

	Nutzerbefragung abgeordnetenwatch.de, in % (n = 1.037, nichtrepräsentativ)
<i>Hauptinformationsquelle (k.A.: 41)</i>	
Nachrichtenseiten im Internet	75,0
Fernsehnachrichten	60,2
Tageszeitung	58,3
Hörfunk	34,6
Nachrichtenmagazine	29,9
Weblogs	13,6
<i>politische Partizipation (k.A.: 44)</i>	
regelmäßige Teilnahme an Wahlen	90,7
Teilnahme an politischen Veranstaltungen	52,1
Teilnahme an Demonstrationen	46,4
Mitglied einer Partei	24,3
Kandidat bei einer Wahl	12,8
Mandatsträger	7,5
<i>Häufigkeit der Nutzung (k.A.: 35)</i>	
täglich	2,0
ein- bis dreimal pro Woche	14,7
vor allem am Wochenende	6,7
einmal im Monat	16,6
seltener	15,0
erstmaliger Besuch	45,2
<i>bisherige Aktivität (k.A.: 215)</i>	
mehr als 10 Fragen gestellt	2,1
5 bis 10 Fragen gestellt	2,2
2 bis 5 Fragen gestellt	12,0
eine Frage gestellt	10,6
nur Fragen gelesen	73,1

Ergebnisse der Onlinebefragung auf abgeordnetenwatch.de vom 30.5. bis 12.6.2007. Jedem fünften Nutzer wurde der Fragebogen eingeblendet. Die Zahl der Nutzer, die den Fragebogen überhaupt nicht ausgefüllt haben, ist nicht bekannt. Für jede Frage ist die Zahl der verweigerten Antworten angegeben (k.A. = keine Angabe). Bei den Fragen zu den Hauptinformationsquellen und zur politischen Partizipation waren jeweils Mehrfachnennungen möglich. Bei der »Häufigkeit der Nutzung« beträgt die Summe der Angaben 100,2%, was auf Rundungsungenauigkeiten zurückzuführen ist.

Quelle: eigene Auswertung auf Basis der Daten von abgeordnetenwatch.de

TAB. A-2 KREUZTABELLIERUNG ZUM VERGLEICH VON SOZIODEMOGRAFISCHEN MERKMALEN DER NUTZER MIT NUTZUNGSVERHALTEN

	aktive Nutzer (Häufigkeit Besuche)	weniger aktive Nutzer (Anzahl Fragen)	aktive Nutzer (Anzahl Fragen)	weniger aktive Nutzer (Anzahl Fragen)	gesamt
n	234	768	221	601	
<i>Geschlecht</i>	(k.A.: 48) ^{n.s.}		(k.A.: 242) ^{n.s.}		
männlich	84,8	79,7	84,0	80,9	80,9
weiblich	15,2	20,3	16,0	19,1	19,1
<i>Alter</i>	(k.A.: 73)*		(k.A.: 244)**		
Durchschnitt (Jahre)	42,6	39,7	45,5	38,0	40,4
<i>Bildung</i>	(k.A.: 52)*		(k.A.: 249)*		
kein Abschluss	1,3	3,7	1,0	3,8	3,1
Hauptschulabschluss	7,6	4,3	7,1	4,8	5,1
weiterf. Schule	28,9	23,7	30,5	23,4	24,9
Abitur	26,2	24,7	20,0	26,6	25,1
Hochschulabschluss	36,0	43,6	41,4	41,3	41,8

Das jeweilige Signifikanzniveau ist wie folgt angegeben:

n.s. = nicht signifikant;

* = signifikant auf 5%igem Niveau;

** = signifikant auf 1%igem Niveau

Als »aktive Nutzer nach Häufigkeit der Besuche« gelten Nutzer, die mindestens einmal pro Woche die Plattform nutzen. Als »aktive Nutzer nach Anzahl der Fragen« gelten Nutzer, die mindestens eine Frage auf der Plattform selbst gestellt haben. Angegeben sind (außer für das Alter) jeweils die Spaltenprozentage, die einen direkten Vergleich der beiden Gruppen untereinander sowie zur Nutzerschaft insgesamt erlauben. Abweichungen von 100% sind aufgrund von Rundungen möglich. Für jede Kombination von Merkmalen ist die Zahl der bei mindestens einem der beiden Merkmale verweigerten Antworten angegeben (keine Angabe). Für jede Kombination von Merkmalen wurde außerdem ein Test der statistischen Signifikanz der festgestellten Unterschiede durchgeführt. Bei den Merkmalen Geschlecht und Bildung wurde ein Chiquadrat-Test durchgeführt, beim Merkmal Alter wurde ein t-Test durchgeführt.

Quelle: eigene Auswertung auf Basis der Daten von abgeordnetenwatch.de



TAB. A-3 QUANTITATIVER ÜBERBLICK ÜBER DIE ERGEBNISSE DER INHALTSANALYSE VON 100 FRAGE-ANTWORT-PAAREN (KAP. II.4)

	Anzahl Fragen im inhaltsanal. Sample	Anzahl Antwor- ten im inhaltsanal. Sample
<i>Geschlecht Fragesteller</i>		
männlich	88	trifft nicht zu
weiblich	12	trifft nicht zu
<i>thematische Zuordnung und Relevanz</i>		
Vorratsdatenspeicherung	9	9
Antworten von Abgeordneten auf der Platt- form	6	6
Nichtraucherschutz	6	6
Bundeswehreinsetz Afghanistan	4	4
eine thematische Zuordnung	87	87
zwei thematische Zuordnungen	13	13
primär allgemeine Relevanz	79	trifft nicht zu.
primär persönliche Relevanz	11	trifft nicht zu
primäre Relevanz für den Wahlkreis	10	trifft nicht zu
<i>Fragentypus (Mehrfachzuordnungen möglich)</i>		
Frage zielt auf Meinungsäußerung	47	trifft nicht zu
Frage zielt auf Rechtfertigung	46	trifft nicht zu
Frage zielt auf Information	26	trifft nicht zu
Frage beinhaltet Aufforderung	19	trifft nicht zu
Fragen mit mehreren Zielsetzungen	32	trifft nicht zu
<i>Kritik/Affirmation (bei Unterkategorien Mehrfachzuordnungen möglich)</i>		
Frage/Antwort beinhaltet Kritik	49	25
an Politik allgemein	27	trifft nicht zu
an Inhalt der Frage	trifft nicht zu	23
an Tätigkeit/Person	19	0
an Partei des Abgeordneten	10	2
Frage/Antwort beinhaltet Affirmation	4	38
bzgl. Inhalt der Frage	trifft nicht zu	14
bzgl. Partei des Abgeordneten	0	28
Frage/Antwort beinhaltet weder Kritik noch Affirmation	47	47

2. TABELLARISCHER ÜBERBLICK WEITERER ERGEBNISSE



	Anzahl Fragen im inhaltsanal. Sample	Anzahl Antwor- ten im inhaltsanal. Sample
<i>inhaltlicher Bezug (Mehrfachzuordnungen möglich)</i>		
Frage/Antwort beinhaltet Argumente	58	76
Fakten	54	73
Schilderung persönlicher Erlebnisse	23	9
Unterbreitung konkreter Vorschläge	15	16
reine Meinungsäußerung	8	0
kein inhaltlicher Bezug	15	18
Kombination mehrerer Bezüge	54	70
<i>Redundanz und Ausführlichkeit</i>		
Frage stellt Wiederholung dar	8	trifft nicht zu
keine Redundanz feststellbar	92	trifft nicht zu
ausführliche Antwort	trifft nicht zu	65
knappe Antwort	trifft nicht zu	10
Verweis statt Antwort	trifft nicht zu	13
Ablehnung der Plattform	trifft nicht zu	12
<i>Form der Interaktion</i>		
Höflichkeitsformen in Frage und Antwort	20	20
nur durch Fragesteller	6	trifft nicht zu
nur durch Abgeordneten	trifft nicht zu	46
keine weiter gehenden Höflichkeitsformen	28	28

Angegeben sind jeweils die Anzahl der Fragen bzw. Antworten mit dem jeweiligen Merkmal. Zur Erläuterung der Merkmalskategorien der Inhaltsanalyse siehe Kap. V.1.



TABELLENVERZEICHNIS	3.
Tab. 1 Ergebnisse der Nutzerbefragung von abgeordnetenwatch.de im Vergleich zu soziodemografischen Daten deutscher Internetnutzer nach der ARD/ZDF-Onlinestudie	41
Tab. 2 Ausgewählte Ergebnisse zur Analyse der Aktivitäten nach Fraktionen	46
Tab. 3 Rangfolge der Themen nach der Häufigkeit der ihnen zugeordneten Fragen, aufgeschlüsselt nach adressierter Fraktion	51
Tab. A-1 Ergebnisse der Nutzerbefragung von abgeordnetenwatch.de .	72
Tab. A-2 Kreuztabellierung zum Vergleich von soziodemografischen Merkmalen der Nutzer mit Nutzungsverhalten	73
Tab. A-3 Quantitativer Überblick über die Ergebnisse der Inhaltsanalyse von 100 Frage-Antwort-Paaren (Kap. II.4)	74

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	4.
Abb. 1 Screenshot von abgeordnetenwatch.de (Stand 7.4.2008)	17
Abb. 2 Organisationsstruktur von abgeordnetenwatch.de	29
Abb. 3 Nutzerzugriffe auf abgeordnetenwatch.de im zeitlichen Verlauf für das Jahr 2007	40
Abb. 4 Anzahl der veröffentlichten Fragen und Antworten auf abgeordnetenwatch.de im zeitlichen Verlauf des Jahres 2007 (nach Kalenderwochen)	47
Abb. 5 Verteilung der zeitlichen Dauer bis zur Veröffentlichung einer Antwort auf abgeordnetenwatch.de	51

Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) berät das Parlament und seine Ausschüsse seit 1990 in Fragen des technischen und gesellschaftlichen Wandels. Das TAB ist eine organisatorische Einheit des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) im Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Das TAB kooperiert zur Erfüllung seiner Aufgaben seit 2003 mit dem FhG-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe.



BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

KARLSRUHER INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE (KIT)

Neue Schönhauser Str. 10
10178 Berlin

Fon +49 30 28491-0
Fax +49 30 28491-119

buero@tab-beim-bundestag.de
www.tab-beim-bundestag.de